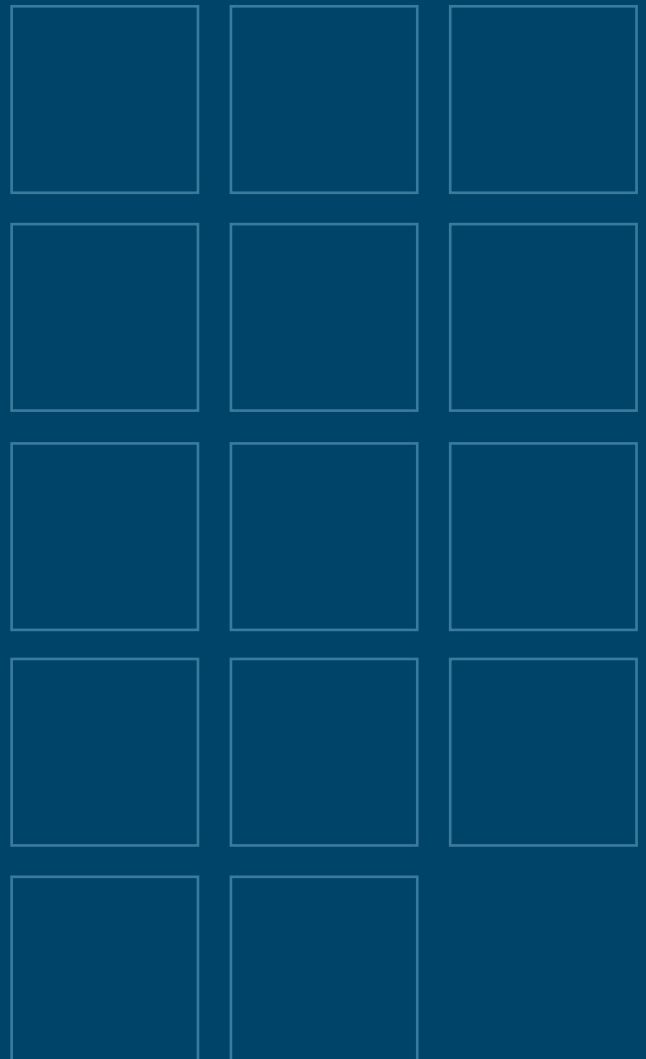




Integration und Stadtteil- politik

Ein ExWoSt-Forschungsfeld



Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Integration und Stadtteil- politik

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Städte und Gemeinden sind geprägt von der wachsenden Vielfalt in unserer Gesellschaft. Verschiedene Lebensstile und Lebenswelten unterschiedlicher Nationalitäten sowie die Wohnsegregation nach ökonomischer und sozialer Lage verändern den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit Auswirkungen auch auf Städte und Stadtteile. Die Stadtentwicklungspolitik kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Dabei spielt die Integration von Zuwanderern eine entscheidende Rolle. Erklärtes Ziel ist es, Teilhabe, Beteiligung und Chancengerechtigkeit mit Konzepten, Maßnahmen und Infrastruktur zu unterstützen.

Integration ist keineswegs nur eine Aufgabe für Großstädte mit einem Zuwandereranteil von fast 30 %. Mehr als die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund lebt in kleineren Städten und Gemeinden. In Mittelstädten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern hat jeder Fünfte, in Kleinstädten zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern noch jeder Sechste einen Migrationshintergrund. Oft besteht auch hier eine räumliche Konzentration von Zuwanderern, die vielfach mit sozialer Segregation einhergeht.

Die Bundesregierung misst der Integrationspolitik eine wichtige Bedeutung zu. Der Integrationsgipfel im Herbst 2010 im Bundeskanzleramt bildete den Startschuss für die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans Integration (NAP). Ziel ist, die Integrationspolitik verbindlicher zu gestalten. In insgesamt elf Dialogforen wurden unter Beteiligung von Bund, Ländern und Kommunen, Vertretern der Migrantinnen und Migranten sowie weiteren nichtstaatlichen Ak-

teuren konkrete Ziele und abgestimmte Maßnahmen definiert. Ein Dialogforum hat sich angesichts der Bedeutung der Stadtentwicklungspolitik für die Integration mit dem Thema ‚Integration vor Ort‘ befasst.

Im Ergebnis sind zwei wesentliche Leitlinien entstanden:

- Integration muss am Wohnort, im öffentlichen Raum, in den örtlichen Verwaltungen, am Arbeitsplatz, in den Schulen und Kindertagesstätten gestaltet werden – unter Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger.
- Es sind abgestimmte, fachübergreifende Strategien insbesondere für solche Stadtteile notwendig, in denen der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund und an Familien mit geringen Einkommen höher als im gesamtstädtischen Durchschnitt ist.

Das ExWoSt-Forschungsfeld „Integration und Stadtteilpolitik“ verfolgt diese Zielsetzung und knüpft dabei auch an die Erkenntnisse der ExWoSt-Studie „Migration/ Integration und Stadtteilpolitik“ 2010 an. Im Rahmen dieser Studie wurde ermittelt, dass in etwa 5.000 Quartieren (mit durchschnittlich 1.000 Einwohnern) in 550 Kommunen ein besonders hoher Integrationsbedarf besteht. Dies sind bestimmte Stadtteile, in denen Migrantinnen und Migranten mit Bildungs-, Ausbildungs- und Teilhabedefiziten, die eine Integration erschweren, besonders häufig leben. Nach den Ergebnissen der Studie leben ca. 6 Mio. Menschen in diesen Quartieren, darunter 3,8 Mio. mit Migrationshintergrund. Dies entspricht rund einem Viertel aller Migrantinnen und Migranten.

Die Zahlen legen nahe, dass Integrationsstrategien gezielt in diesen Stadttei-

len ansetzen müssen. Gerade hier bedarf es abgestimmter, gebietsbezogener fachübergreifender Strategien, wie sie beispielsweise auch durch das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ befördert werden.

Im Mittelpunkt des ExWoSt-Forschungsfeldes „Integration und Stadtteilpolitik“ steht daher vor allem in benachteiligten Stadtteilen die Erprobung von Konzepten und Maßnahmen, die die Entwicklungs- und Partizipationschancen von Migrantinnen und Migranten verbessern. Die sechs beteiligten Modellvorhaben dokumentieren die unterschiedlichen Herausforderungen in Stadtteilen von Groß-, Mittel- und Kleinstädten. Sie setzen sich mit Integrationskonzepten in unterschiedlichen Entwicklungsphasen auseinander und haben dabei unterschiedliche Schwerpunkte. Neben Aspekten der Beteiligung, der interkulturellen Öffnung und der Vernetzung der einzelnen Maßnahmen vor Ort stellen die Modellvorhaben insbesondere auch auf eine politisch verbindliche Einbindung der Stadtteilkonzepte in gesamtstädtische Entwicklungsstrategien und umgekehrt ab. Gerade diese Wechselwirkung fördert eine optimale Vernetzung und Abstimmung von Projekten und Akteuren im Sinne einer integrierten städtischen Gesamtstrategie.

So unterschiedlich die Herausforderungen und Strategien in den Modellkommunen auch sein mögen, sie alle leisten einen wichtigen Beitrag zur Überführung guter Beispiele in eine nachhaltige und effiziente Verknüpfung von Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik.

Nicole Graf, BMVBS

Martina Kocks, BBSR

Ausgabe
40/1 - 11/2011

- 02 **Vorwort**
- 03 **Inhalt**
- 04 **Integration und Stadtteilpolitik –
Von Konzepten zu einer Strategie**
- 05 **Ziele und Vorgehen des
Forschungsvorhabens**
- 07 **Hamburg-Nord:
Transkulturelle Sozialraumentwick-
lung am Beispiel Dulsberg**
- 10 **Jena:
Jenaer Integrationsbündnis – Neue
Wege gemeinsam gehen**
- 13 **Mülheim an der Ruhr – Styrum
und Eppinghofen:
Entwicklung einer integrierten und
sozialraumorientierten Handlungs-
strategie für Integration in Mül-
heim an der Ruhr**
- 16 **Nürnberg:
Einbindung von Migrant/innen und
Migrantenorganisationen in Pro-
zesse der Stadt(teil)entwicklung
und Stadteilkommunikation**
- 19 **Quakenbrück:
Das Projekt FITKomm (Familie -
Integration – Kommune)**
- 23 **Trier – Ehrang:
Bewertung und Umsetzung des
ersten Integrationskonzeptes der
Stadt Trier durch den Stadtteil Trier-
Ehrang**
- 26 **Zwischenergebnisse**
- 36 **Impressum**

Von Konzepten zu einer Strategie

Der Integrationspolitik wurde in den vergangenen Jahren von der kommunalen Ebene bis hin zur Bundespolitik eine steigende Bedeutung zuerkannt. Dabei ist auch die Erkenntnis gewachsen, dass Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine Querschnittsaufgabe von Verwaltung ist – eine Sichtweise, die Eingang in die Regelstrukturen finden muss. Gleichzeitig wurden auf Quartiersebene im Rahmen der Städtebauförderung in vielen Stadtteilen integrierte Handlungsansätze etabliert. Diese stellen in der Regel jedoch keinen strategischen Ansatz zur Förderung von Integration auf Stadtteilebene dar und sind daher kaum mit integrationspolitischen Zielsetzungen der Kommunen verknüpft. Das Forschungsfeld „Integration und Stadtteilpolitik“ versucht diese Lücke zu schließen und erforscht, wie stadtteilbezogene, handlungsorientierte Konzepte zur Förderung von Integration zu erstellen und wirkungsvoll mit gesamtstädtischen Integrationskonzepten zu verzahnen sind.

Hintergrund und Ausgangslage

Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund in Deutschland stellen im Jahr 2009 mit rund 16 Millionen Menschen fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung dar. Gut ein Drittel aller Kinder unter fünf Jahren hat Migrationshintergrund (34,6 Prozent im Jahr 2009, Statistisches Bundesamt 2010: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009: 8). Es ist davon auszugehen, dass sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund zukünftig weiter erhöht.

Personen mit Migrationshintergrund sind im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund noch immer geringer qualifiziert und schlechter in den Arbeitsmarkt integriert. Diese verfestigte strukturelle Benachteiligung drückt sich auch in einer wohnräumlichen Benachteiligung sowie in der Konzentration von Migranten in wenig nachgefragten Wohnlagen aus.

Wie wird auf diese Situation reagiert? Viele Kommunen haben bereits gesamtstädtische Integrationskonzepte oder -programme erstellt, mit denen sie sich politisch/strategisch gegenüber den drängenden integrationspolitischen Herausforderungen positionieren. Die Ebene des Quartiers wird durch Programme auf Bundes- wie auch Länderebene als zentrale Handlungsebene von Integration gezielt gefördert (v.a. durch das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“). Denn zum einen hat sich das Quartier als Ort des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft als wesentliche räumliche Ebene für den Erfolg oder Misserfolg integrationspolitischer Konzepte erwiesen. Zum

anderen hat die langjährige Praxis der integrierten Stadteilerneuerung gezeigt, dass Prozesse der sozialräumlichen Polarisierung passgenaue Konzepte erfordern, die die lokalen Potenziale stärken und interdisziplinäre Ansätze für die betroffenen Quartiere entwickeln. Aktivierung und Beteiligung der lokalen Akteure werden als Basis für den Erfolg in allen Handlungsfeldern herausgestellt. Kritisch zu betrachten ist allerdings, dass diese beiden zentralen Handlungsebenen, die Kommune und das Quartier, bislang insbesondere im Bereich von integrationspolitischen Maßnahmen, Programmen und Strukturen noch nicht ausreichend verknüpft sind. So rückt nur eine Minderheit kommunaler Integrationskonzepte die Quartiersebene und die unterschiedlichen Sozialräume mit ihren jeweiligen Integrationsherausforderungen gezielt in den Fokus. Als Folge der geringen Verzahnung kommunaler und quartiersbezogener Programme und Ansätze ist festzustellen, dass

- die unterschiedlichen Integrationsvorstellungen der beteiligten Akteure wenig transparent,
- die Zielsetzungen teilweise nicht ausreichend definiert und abgestimmt sowie
- entsprechende Handlungsprioritäten und Ressourceneinsätze sowohl räumlich als auch fachlich selten geklärt sind.

Integrationspolitische Zielsetzungen der gesamtstädtischen Ebene können somit nur eine begrenzte Steuerungsfähigkeit für die Quartiersebene entfalten. Ebenso finden Bedarfe und Potenziale der Quartiersebene nur unzureichend Eingang in gesamtstädtische Steuerungsprozesse. Wertvolle Potenziale zur Gestaltung von Integrationspolitik bleiben damit un-

genutzt und auch ein Mehrwert vorliegender Konzepte ist für die Handelnden vor Ort nicht erkennbar.

Darüber hinaus liegen derzeit nur unzureichende empirisch fundierte Kenntnisse über die notwendigen Strukturen und Verfahren einer wirksamen vertikalen Kooperation zwischen Kommune und Quartiersebene vor. Auch die Kooperation der einzelnen Fachbereiche im Sinne der Wahrnehmung von Integration als Querschnittsaufgabe muss deutlich verbessert werden. Es ist zu beantworten, mit welchen Instrumenten und unter welchen Rahmenbedingungen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit befördert werden kann, die letztlich die Integration vor Ort befördert.

„Integration und Stadtteilpolitik“ – ein ExWoSt-Forschungsfeld

Das Forschungsfeld knüpft an die Ergebnisse der ExWoSt-Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“ an, die den bisherigen Stand der Integration sowie den Integrationsbedarf auf Stadtteilebene analysiert hat. Die Studie war Grundlage für den Bericht „Integration vor Ort“, einem zentralen Themenfeld in der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung. Mit dem Forschungsfeld „Integration und Stadtteilpolitik“ setzt die Bundesregierung auch die Selbstverpflichtung im Rahmen des Nationalen Integrationsplans um, Modellvorhaben bei der Aufstellung und Weiterentwicklung von Integrationskonzepten auf kommunaler Ebene zu unterstützen.

Zur Begleitung der Modellvorhaben wurde eine Forschungsassistenz eingerichtet, die aus der StadtRaumKonzept GmbH sowie dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Ziele und Vorgehen des Forschungsvorhabens

gebildet wird. Insgesamt sechs Modellvorhaben werden derzeit über einen zweijährigen Zeitraum (Dezember 2009 bis Dezember 2011) bei der Initiierung und praktischen Umsetzung komplexer Integrationsstrategien auf Stadtebene begleitet. Zentrale Auswahlkriterien für die Modellprojekte waren der Bezug zur gesamtstädtischen Integrationspolitik sowie feste Vereinbarungen und kommunalpolitische Beschlüsse als Basis ihrer Umsetzung. In vier Stadtteilen der ausgewählten Modellkommunen erfolgt eine Förderung durch das Programm „Soziale Stadt“. Die Auswahl berücksichtigt weiterhin die besonderen Rahmenbedingungen unterschiedlicher Stadtgrößen und Regionen, sowie die Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern.

Folgende Modellkommunen wurden ausgewählt:

- Hamburg-Nord mit dem Stadtteil Dulsberg
- Jena mit dem Stadtteil Lobeda
- Mülheim an der Ruhr mit den Stadtteilen Eppinghofen und Styrum
- Nürnberg mit den Stadtteilen Muggenhof und Langwasser
- Quakenbrück mit dem Stadtteil Neustadt
- Trier mit dem Stadtteil Ehrang/Quint

Mit dieser Ausgabe der ExWoSt-Informationen wird ein Gesamtüberblick über das Forschungsfeld sowie über die Ansätze und Prozesse in den Modellvorhaben gegeben. Das abschließende Kapitel ‚Zwischenergebnisse‘ stellt den derzeitigen Erkenntnisstand aus der übergreifenden Auswertung der Modellvorhaben dar.

Der Forschungsansatz

Zentrales Anliegen des ExWoSt-Forschungsfeldes ist es, die Rahmenbedingungen und Chancen für eine erfolgreiche Integration von Menschen in sozial benachteiligten Stadtquartieren zu verbessern. Dabei umfasst das Integrationsverständnis die Verbesserung der Teilhabechancen der sozial ausgegrenzten Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Konkret trägt das Forschungsfeld dazu bei, Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln und zu erproben, die unter den Bedingungen sozialräumlicher Segregation die Entwicklungs- und Partizipationschancen in städtischen Quartieren verbessern. Im Fokus stehen lokale Ansätze, die ausgehend von kommunalen Integrationskonzepten die strukturelle Integration insbesondere in Arbeit und Bildung sowie die gesellschaftliche und politische Teilhabe fördern.

Stadtteilbezogene Integrationsansätze oder Aktionspläne, die in Bezug zu gesamtstädtischen Strategien entwickelt werden, sollen legitimiert und umgesetzt werden. Eine Herausforderung liegt in der strategischen Verknüpfung der stadtteilbezogenen Konzepte, Ressourcen und Akteure mit der Integrationsarbeit, die auf die jeweiligen Anforderungen unterschiedlicher Sozialräume Bezug nimmt. Inhaltliche Forschungsschwerpunkte sind die Partizipation von Migrantinnen und Migranten verschiedener Herkunft und verschiedener Milieus und die ressort- und akteursübergreifende Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Umsetzung der stadtteilbezogenen Integrationsstrategien. Ein besonderes Gewicht liegt auch auf der Verbindlichkeit von lokalen Entwicklungsstrategien und deren Einbindung in die gesamt-

städtische Integrationsstrategie.

Aus der aktivierenden Begleitung der Modellvorhaben durch die Forschungsassistenten sollen Antworten auf die folgenden Leitfragen abgeleitet werden:

Partizipation von Migrantenmilieus:

- Welche Anforderungen werden von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in sogenannten problematischen Quartieren an die Ausgestaltung ihrer Lebensumwelt gestellt?
- Wie unterscheiden sich verschiedene „Migrantenmilieus“ hinsichtlich dieser Anforderungen und bei der Einforderung / Realisierung von Partizipationsmodellen?
- Welche Abstimmungserfordernisse und Hemmnisse gibt es bei integrativen Handlungskonzepten hinsichtlich der Partizipation von Migrantinnen / Migranten?

Verknüpfung von stadtteilbezogenen und gesamtstädtischen Strategien:

- Welche Ziele werden gesetzt und woran werden Integrationserfolge vor Ort gemessen?
- Wie sind stadtteilbezogene Integrationsstrategien und gebietsübergreifende kommunale Integrationskonzepte miteinander zu verzahnen?
- Welchen Verwaltungsaufwand und Vernetzungsbedarf benötigt die Entwicklung und Umsetzung einer stadtteilbezogenen und gesamtstädtischen Integrationsstrategie?
- Welche Faktoren und Strukturen befördern die Entwicklung und Umsetzung verbindlicher lokaler Aktionspläne?



Podiumsdiskussion auf der Auftaktveranstaltung zum ExWoSt Forschungsfeld am 22. April 2010 in Berlin (Foto: StadtRaumKonzept)

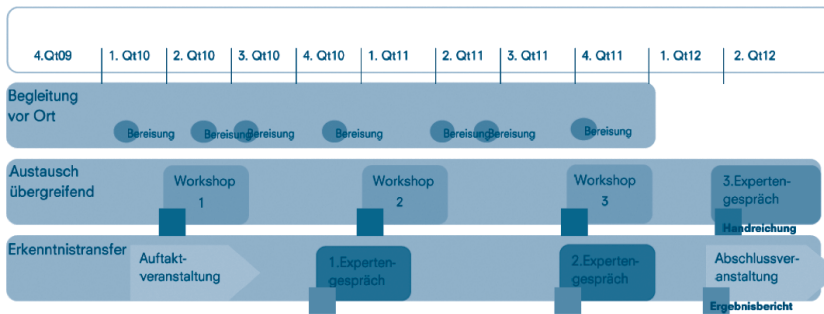


Abb.1: Projektverlauf

Vernetzung von Ressorts und Akteuren:

- Wie werden vor Ort tätige Organisationen (Migrantenorganisationen, Vereine, Gewerbevereine, etc.), soziale Einrichtungen, schulische und außerschulische Bildungsträger, u.a. in Erstellung und Umsetzung integrierter Handlungskonzepte und Projekte eingebunden?
- Wie kann die ressortübergreifende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene organisiert / koordiniert und für die Handlungsanforderungen im Stadtteil optimiert werden?
- Welche Faktoren und Strukturen begünstigen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit für eine Integration vor Ort?
- Welchen Beitrag leisten Förderprogramme (z.B. Soziale Stadt) für Integration vor Ort und für ressortübergreifendes Arbeiten?

Vorgehen

Die Begleitung der Modellvorhaben ist Kernelement des Forschungsfeldes und erfolgt im Rahmen regelmäßiger Vor-Ort-Termine. Bei diesen Bereisungen steht der aktuelle Umsetzungs- und Diskussionsstand im Mittelpunkt, so z.B. Stand und Verfahren der Zielentwicklung.

Darauf aufbauend werden erste Prozessergebnisse, förderliche und hinderliche Strukturen und weitere Schritte gemeinsam erörtert. Teil der Bereisungen sind darüber hinaus Begehungen der Stadtteile durch die Forschungsassistenten, Gespräche mit beteiligten Akteuren sowie Teilnahme an relevanten Gremien und Veranstaltungen.

Parallel dazu findet ein Austausch aller Modellvorhaben im Rahmen von drei Werkstattgesprächen statt. Ziel der jeweils zweitägigen Werkstätten ist es, den Erfahrungsaustausch zu fördern und die Ergebnisse zu erörtern. Sie dienen darüber hinaus der Diskussion der Forschungsfragen. Die bereits durchgeführten Werkstätten in Mülheim an der Ruhr und Nürnberg thematisierten die Zielentwicklung sowie Methoden der Beteiligung (vor allem von Migrantinnen/ Migrantinnen und Migrantinnenorganisationen) im Rahmen kommunaler Integrationspolitik. Im dritten Werkstattgespräch wird die Diskussion der Ergebnisse der Modellvorhaben und deren Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen.

Um unmittelbar an den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung und

politisch-planerischen Praxis anzuknüpfen, bezieht das Forschungsfeld externes Expertenwissen in Form zweier Expertengespräche ein. Im Rahmen des ersten Gesprächs im November 2010 wurden die Zwischenergebnisse des Forschungsfeldes diskutiert. Vor allem die Themen Beteiligung sowie Integration als ‚Chefsache‘ und als Querschnittsaufgabe wurden umfassend erörtert. Die gewonnenen Erkenntnisse flossen in den weiteren Forschungsprozess ein – so bildete der Diskussionsstand zum Thema Beteiligung eine Grundlage für die zweite Werkstatt der Modellvorhaben. Im zweiten Expertengespräch zum Projektabschluss sollen der Mehrwert stadtteilbezogener Integrationsstrategien diskutiert sowie Impulse für die weitere Gestaltung eines nachhaltigen Prozesses in den Modellvorhaben formuliert werden.

Das im November 2009 gestartete Forschungsvorhaben endet im Juni 2012. Den öffentlichen Abschluss des Forschungsvorhabens bildet eine Fachkonferenz im Frühjahr 2012, auf der die Gesamtergebnisse präsentiert werden. Die Ergebnisse des Forschungsprozesses und die gewonnenen analytischen Erkenntnisse werden in einer Abschlusspublikation gebündelt und veröffentlicht. Darüber hinaus wird die Forschungsassistenten eine Handreichung für Kommunen erstellen. Diese wird an die Praxis gerichtete Umsetzungsvorschläge zur Verschränkung von kommunalen Integrationsstrategien und lokaler Stadtteilpolitik enthalten. Vorbereitend werden diese Umsetzungsvorschläge in einem weiteren Werkstattgespräch mit Expertinnen und Experten aus der Praxis diskutiert (3. Expertengespräch).

Modellvorhaben Hamburg-Nord

Transkulturelle Sozialraumentwicklung am Beispiel Dulsberg



Steckbrief

Stadt:

Stadtbezirk Hamburg-Nord
(280 000 Einw.)

Land:

Freie und Hansestadt Hamburg

Stadtteil:

Dulsberg (17 700 Einw.)

Anteil Bev. mit Migrationshintergrund Dulsberg:

ca. 39%¹ (Hamburg gesamt 28%)

Größte Migrantengruppen nach Herkunftsländern:

Türkei (ca. 2 000 Personen),
(Schwarz-) afrikanische Länder,
insb. Ghana (ca. 650 Personen)

Bebauungsstruktur:

geschlossene, homogene Wohnsiedlung aus den 20er Jahren mit einem hohen Anteil kleiner Wohnungen

Stadtteilbezogene Förderung:

1992 - 2002 Programme der sozialen Stadtteilentwicklung der Stadt Hamburg, seitdem Weiterführung in Eigenregie des Bezirks

¹ Quelle: jeweilige Modellvorhaben

Ausgangslage

Der Stadtteil Dulsberg ist ein Quartier mit einem großen Prozentsatz sozial benachteiligter Bevölkerung (hohe Arbeitslosigkeit, geringe Kaufkraft etc.) und einem Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund von fast 40%. Die Notwendigkeit einer gezielten Stadtteilentwicklung wird seit vielen Jahren aufgrund der Sozialstrukturdaten anerkannt und vom Bezirk Hamburg-Nord durch Förderprogramme aktiv betrieben.



Bauliche Formationen im Stadtteil Dulsberg (Archiv Stadtteilbüro Dulsberg)

Integrationspolitische Rahmenbedingungen

Die Bezirksversammlung im Bezirk Hamburg-Nord (einer der sieben Hamburger Bezirke, die die kommunale Ebene des Stadtstaates bilden) hat im September 2009 einen Beschluss zur Verbesserung der Koordination der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene gefasst. Zu diesem Zweck sieht der Beschluss vor, dass in drei Regionen des Bezirks Hamburg-Nord jeweils ein „Runder Tisch Integration“ eingerichtet wird. Die Runden Tische sollen ein ge-

meinsames Integrationsleitbild für den Bezirk Hamburg-Nord entwickeln, das als Empfehlung vom Ausschuss „Soziales, Gesundheit und Integration“ auf Bezirksebene berücksichtigt und in das politische Handeln einbezogen werden soll. Die Koordination dieses Leitbildprozesses liegt bei der seit März 2010 eingestellten Fachkraft für Integration im Fachamt Sozialraummanagement, deren Stelle zunächst bis 2012 vom Hamburger Senat finanziert wird.

Ein Schwerpunkt der Arbeit im Stadtteil liegt auf der interkulturellen Stadtteilentwicklung, wobei es bisher nur partiell gelungen ist, Migrantinnen und Migranten aktiv einzubeziehen bzw. die verschiedenen Herkunftsgruppen für die regulären Angebote und Instrumente der Sozialraumentwicklung zu gewinnen. Das Team von „Globus - interkulturelle Öffnung“ ist seit 2004 vor Ort in Dulsberg aktiv und unterstützt das Stadtteilbüro gezielt durch den Arbeitsschwerpunkt der Aktivierung von Migranten.

Zielsetzungen des Modellvorhabens

Das Modellvorhaben hat sich zum Ziel gesetzt

- Instrumente zur Partizipation von Migrantinnen und Migranten entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung zu entwickeln,
- Migrantengruppen dazu zu bewegen, ihre Vorstellungen und Anforderungen an das Stadtteilleben zu artikulieren,
- Schlüsselpersonen der verschiedenen Milieus zur Beteiligung am „Runden Tisch Integration“ zu motivieren und
- ihre Teilhabe am öffentlichen Leben zu stärken.



Zweiter Runder Tisch Integration in Dulsberg (Foto: ILS)

Die Vorstellungen und Sichtweisen der verschiedenen Milieus sollen in einem bottom up-Prozess über die neugeschaffene Institution der Runden Tische Integration in die Entwicklung eines kommunalen Integrationsleitbildes einfließen. Die kommunalpolitischen Akteure auf Bezirksebene sind dadurch gefordert, auf die Anliegen der Milieus zu reagieren und diese in ihre Entscheidungen einzubeziehen.

Steuerungsstrukturen

Die Projektsteuerung erfolgt durch den Projektträger, das Fachamt für Sozialraummanagement, vertreten durch die Fachkraft für Integration, zusammen mit dem freien Träger basis&woge e.V. als Projektpartner. Das im Stadtteil verteilte Projekt „Globus - interkulturelle Beratung“ bildet mit zwei Mitarbeitern die Schnittstelle in den Stadtteil. Durch ihren eigenen Migrationshintergrund gelingt es diesen Mitarbeitern, insbesondere die beiden größten Herkunftsgruppen im Stadtteil (türkisch, afrikanisch) zu erreichen. Eine freie Mitarbeiterin qualifiziert den Prozess auf bezirklicher Ebene mit den fachlichen Schwerpunkten der interkulturellen Öffnung und Partizipation.

Der Runde Tisch Dulsberg, der auch vier weitere Stadtteile umfasst, ist die Verbindung zwischen der Stadtteilebene Dulsberg und der kommunalen Ebene im Bezirk Hamburg-Nord: Der Runde Tisch setzt sich zusammen aus Vertretern der verschiedenen Migrantenvilieus, Bewohnern vorwiegend mit Migrationshintergrund, Einrichtungen des Stadtteils sowie auch - je nach thematischem Bezug - geladenen Vertretern aus dem Bezirksamt. Das Gremium tagt vierteljährlich und arbeitet während

der Sitzung in kleinen Gruppen. Diese werden durch Moderatoren mit Bezug zu den örtlichen Milieus sehr erfolgreich unterstützt.

Eine aus Teilnehmern aller drei Runden Tische zusammengesetzte Arbeitsgruppe „Integrationsleitbild“ hat den Auftrag, die lokal gewonnenen Erkenntnisse in die Formulierung eines gemeinsamen Integrationsleitbildes zu übersetzen. Koordiniert wird der Prozess der Leitbilderstellung durch die Fachkraft für Integration. Sie leitet auch die Ergebnisse und Inhalte an die Bezirkspolitik weiter und kommuniziert die weitere Vorgehensweise mit den Vertretern der Fraktionen. Die Bezirksabgeordneten haben sich im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft Integration zusammengeschlossen, um die Entwicklungen in diesem Prozess in ihre Fraktionen weiterzutragen und um als Ansprechpartner für die Verwaltung zur Verfügung zu stehen.

Umsetzungsstand und Ergebnisse Bestandsaufnahme

Aufgrund der fundierten Ortskenntnis des Trägers basis&woge und seiner langjährigen Arbeit im Stadtteil Dulsberg wurde keine umfassende Bestandsaufnahme vorgenommen. Die Akteure vor Ort und die Kommunikationsstrukturen der Migrantenvilieus sind durch persönliche Kontakte weitgehend bekannt. Da bislang die Partizipation von Migrantinnen und Migranten im Rahmen der bekannten Verfahren nur unzureichend gelungen ist, ging es darum, Wege zu finden, dass Migrantinnen und Migranten für die Artikulation ihrer Interessen unmittelbar in die Prozesse einbezogen werden. So wurden gezielt bereits bekannte Schlüsselpersonen sowie

weitere Bewohnerinnen und Bewohner für die Teilnahme an einem World Café gewonnen. Die Aktivierung der Migrantinnen und Migranten erfolgte durch das Projekt Globus sowie die bezirkliche Integrationsfachkraft.

Ziel- und Konzeptentwicklung

Über den gesamten Projektverlauf wurde die Aktivierungsstrategie im Stadtteil mit der Einrichtung von Runden Tischen durch das Bezirksamt verknüpft. Die Diskussion über Ausgestaltung, Häufigkeit und Inhalte der Runden Tische sowie begleitender Themenveranstaltungen wurde in einem weiten Kreis geführt: Neben den unmittelbar beteiligten Personen des Trägers basis&woge/Projekt Globus sowie der Integrationsfachkraft des Bezirks wurden auch die Vorgesetzten in Fachamt und Dezernat im Bezirksamt sowie verschiedene Akteure im Stadtteil eingebunden. Mit zwei Veranstaltungen, einem World Café und der Auftaktveranstaltung der Runden Tische, startete der Diskussionsprozess im Stadtteil. Im „World Café“ diskutierten etwa 45 Menschen, mehrheitlich Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund, die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des neu zu gründenden Organs. In einer öffentlichen Auftaktveranstaltung mit ca. 180 Teilnehmenden, mehrheitlich mit Migrationshintergrund, wurde den Teilnehmenden ein weiteres Mal Gelegenheit gegeben, in kleinen Gruppen mit Übersetzungsmöglichkeit ihre Ideen zu Form und Inhalt der Runden Tische zu äußern. Die Wünsche der Teilnehmenden flossen in die Ausgestaltung der Runden Tische Integration ein. So wurde u.a. gewünscht, eine themenbezogene Teilnahme zu ermöglichen, Kinderbetreuung und Dolmetscher anzubie-



Bildungsagentur Dulsberg (Foto: ILS)

ten und Regeln für den gegenseitigen wertschätzenden Umgang aufzustellen. Geforderte Themen beinhalteten beispielsweise den Bereich der Bildung und insbesondere der (früh-)kindlichen Förderung. Zudem wurde die politische Teilhabe am Stadtteileben sowie die Schaffung von Begegnungsräumen für alle Stadtteilbewohner thematisiert. Übergreifend wurde das Anliegen formuliert, die bestehenden Angebote stärker an den Lebenswelten der Migranten zu orientieren und die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen voran zu treiben.

Die Konzeptentwicklung wurde mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Integrationsleitbild weiter konkretisiert.

Umsetzung

Die Entwicklung des Integrationsleitbilds erfolgt prozessorientiert und im hohen Maße partizipativ. Ziele und Konzepte entstehen in unmittelbarer Beteiligung von Migranten an den drei Runden Tischen und werden von der Arbeitsgruppe Integrationsleitbild für den Bezirk zusammengeführt. Gearbeitet wird an einem Produkt, das neben übergeordneten Zielsetzungen in den Feldern Bildung und Sprachförderung, Arbeitsmarkt, Stadtteilentwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, Kultur/Religion, Gesundheit/Sport auch eine Konkretisierung in Form von ersten Handlungsschritten enthält. Die Arbeitsgruppe setzt sich ausschließlich aus Bewohnerinnen und Vertreterinnen und Vertretern lokaler Organisationen mit Migrationshintergrund zusammen. Der sich durch die Zusammensetzung ergebende „geschützte Raum“ erweist sich als sehr förderlich für die aktive Teilnahme auch artikulationsschwächerer

Migrantinnen und Migranten.

Im Stadtteil Dulsberg ermöglicht zudem ein Verfügungsfonds über 6.000 € die kurzfristige und eigenständige Umsetzung kleinerer Projekte. Ein Vergaberat, bestehend aus Teilnehmenden des Runden Tisches Dulsberg, entscheidet über die Mittelvergabe.

Nächste Schritte

Im weiteren Projektverlauf wird die erfolgreiche Arbeit der Runden Tische und der AG Integrationsleitbild fortgesetzt. Die Arbeitsgruppe wird das Integrationsleitbild für den Bezirk Hamburg-Nord bis zum Ende des Jahres erstellen. Dieses wird an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration übergeben und soll voraussichtlich im ersten Quartal 2012 von der Bezirksversammlung beschlossen werden. Als Produkt auf Stadtteilebene wird aus dem bezirklichen Leitbild ein Lokaler Aktionsplan für Dulsberg in Form eines Ziele- und Maßnahmenkatalogs abgeleitet. Dieser soll die bezirklichen Themenfelder priorisieren und unterlegt werden mit den in den Veranstaltungen genannten und kontinuierlich dokumentierten Projektideen. Für die einzelnen Schwerpunkte sollen Verantwortliche unter den Stadtteilakteuren bzw. -einrichtungen gefunden werden. Lokale Akteure wie das Projekt Globus arbeiten parallel bereits an der Umsetzung einzelner Projekte.

Kontakt

Projekträger:

**Freie und Hansestadt Hamburg,
Bezirksamt Hamburg-Nord
Fachamt Sozialraummanagement**

Kümmellstraße 7
20249 Hamburg

Ansprechpartnerin:

Frau Ayse Ates

Telefon: 040 - 428 54 2745

Fax: 040 - 428 04 2444

E-Mail: ayse.ates@hamburg-nord.hamburg.de

Projektpartner:

basis & woge e.V

Steindamm 11

20099 Hamburg

Ansprechpartnerin:

Frau Karoline Korrning

Telefon: 040 - 39842632

Fax: 040 - 39842626

E-Mail: karoline.korrning@basisundwoge.de

Jena

Jenaer Integrationsbündnis – Neue Wege gemeinsam gehen



Steckbrief

Stadt:
Jena (102 000 Einw.)

Land:
Thüringen

Stadtteil:
Lobeda (22 800 Einw.)

Anteil Bev. mit Migrationshintergrund Lobeda:
ca. 15% (Gesamtstadt: ca. 10%)

Größte Migrantengruppen nach Herkunftsländern:
Russland, Vietnam (zudem jüdische Zuwanderer sowie zunehmend auch ausländische Gastwissenschaftler mit ihren Familien)

Bebauungsstruktur:
Plattenbausiedlung der 1970er und 1980er Jahre am südlichen Rand von Jena gelegen

Stadtteilbezogene Förderung:
Programme Soziale Stadt, Stadtumbau Ost, STÄRKEN vor Ort

Ausgangslage
Der hohe Anteil gesteuerter Zuwanderung bei gleichzeitig fehlendem gesellschaftlichem Diskurs um die Integration von Migrantinnen und Migranten in der DDR stellt die Stadt Jena vor große Herausforderungen. Angesichts der verhältnismäßig geringen Zuwandererzahl besteht in den neuen Bundesländern ein besonderer Legitimationsdruck für interkulturelle Öffnungsprozesse. Da die Mehrheit der ausländischen Wohnbevölkerung einen unbefristeten Aufenthaltsstatus hat, erfährt die strukturelle Integration eine erhöhte Bedeutung.



Karl-Marx-Allee (Foto: StadtRaumKonzept GmbH)

Als Standort für Hochtechnologie und Forschung ermöglicht Jena eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration hochqualifizierter Zuwanderer. Die Mehrheit der Zuwanderer ist jedoch entweder nicht ausreichend qualifiziert oder ihre Berufsabschlüsse werden nicht anerkannt. Die Mechanismen des Jenaer Wohnungsmarktes befördern Segregation: über 40% aller Menschen mit Migrationshintergrund und die Mehrheit der Spätaussiedler aus Jena leben in Lobeda. Segregationstendenzen sind auf Seiten

der Zuwanderer wie auch auf Seiten der Herkunftsdeutschen zu beobachten. Migrantengruppen gibt es nur wenige – ihre Arbeit steht noch am Anfang. Mit dem Quartiersmanagement (Soziale Stadt/ Stadtumbau Ost), den Akteuren der Migrationsarbeit sowie den vorhandenen Netzwerkstrukturen im Stadtteil besteht eine gute Basis für Kooperation.

Integrationspolitische Rahmenbedingungen

Die Stadt Jena, Mitglied des bundesweiten Arbeitskreises „Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik“, hat bereits 1990 die Stelle einer Ausländerbeauftragten (heute ‚Integrationsbeauftragte‘) geschaffen und die Bildung eines Ausländerbeirates (seit 2008 ‚Beirat für Migration und Integration‘, kurz Integrationsbeirat) angeregt. Im Jahr 2005 beauftragte der Stadtrat den Oberbürgermeister damit, ein stadtweites Integrationskonzept zu erstellen. Dieses wurde in einem breit angelegten diskursiven Prozess erarbeitet (einzusehen unter www.jena.de), in dessen Verlauf bereits viele Handlungsansätze und -erfordernisse aus Lobeda angeklungen sind. In einem stadtteilbezogenen Aktionsplan sollen diese nun konkretisiert und weiterentwickelt werden.

In der Jenaer Bevölkerung findet aufgrund der besonderen Zuwanderungsgeschichte und Sozialisation in der Vergangenheit sowie der Zuwanderungssituation in den neuen Ländern nur begrenzt eine (konstruktive) Auseinandersetzung mit dem Thema Integration statt.

Zielsetzungen des Modellvorhabens

Orientiert am Nationalen Integrationsplan will die Stadt Jena mit dem Projekt neue Wege bei der Steuerung



*Ethnisches Gewerbe in Jena-Lobeda
(Foto: AWO KV Jena-Weimar e.V.)*



*Sitz des Fachdienstes für Migration
und Integration der AWO KV Jena-
Weimar e.V. (Foto: AWO KV Jena-
Weimar e.V.)*

und Umsetzung des städtischen Integrationskonzeptes mit dem Fokus der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Regeldiensten und der Weiterentwicklung von Partizipationsansätzen der Migrantinnen und Migranten gehen. Die Projektziele sind:

1. Aussagekräftige quantitative und qualitative Daten zu Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten in Jena-Lobeda liegen vor.
2. Migrantinnen und Migranten sowie Migrantinnenorganisationen werden gestärkt und zur Mitwirkung motiviert.
3. Die interkulturelle Öffnung von Verwaltung, sozialen Regeldiensten und Einrichtungen sowie Vereinen wird initiiert und begleitet.
4. Erfolgreiche, abgeschlossene Öffnungsprozesse werden durch ein Zertifikat anerkannt und dokumentiert.
5. Es ist ein Aktionsplan unter Einbindung relevanter Akteure entstanden, der den spezifischen Bedingungen eines benachteiligten Stadtteils in den neuen Bundesländern Rechnung trägt.
6. Eine breite zivilgesellschaftliche Basis trägt die Ziele des Integrationskonzeptes und begreift Integration und Zuwanderung als Chance für die gesamtstädtische Entwicklung (stadtweites Bündnis für Integration).

Steuerungsstrukturen

Die Projektkoordination erfolgt durch die Integrationsbeauftragte der Stadt Jena gemeinsam mit dem Fachdienst für Migration und Integration der AWO KV Jena-Weimar e.V. Seit dem Projektstart im April wurde mit der Beauftragung der drei externen Unternehmen/Träger (Kreisverband AWO Jena-Weimar e.V., ORBIT e.V., Kindersprachbrücke Jena

e.V.) die Grundlage für die Projektdurchführung geschaffen.

Eine Steuerungsgruppe (bestehend aus den vier Projektpartnern, einem Mitglied des Integrationsbeirats sowie dem Quartiersmanagement Lobeda) begleitet das ExWoSt-Projekt. Es besteht zudem enger Kontakt zu den Verwaltungsbereichen Soziales, Planung und Ausländerbehörde. Im Rahmen einer Werkstatt mit der Bertelsmann Stiftung soll eine Struktur zur gesamtstädtischen Steuerung von Integration geschaffen werden.

Umsetzungsstand und Ergebnisse Bestandsaufnahme

Die kommunale Statistik wurde nach dem ‚Göttinger Modell‘ aktualisiert und schafft eine neue Bezugsgröße: Gegenüber den bisher bekannten 3,9% Ausländeranteil beträgt der Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund in Jena rund 10%.

Ergänzend wurde mit einer Befragung von Migrantinnen und Migranten in Jena eine quantitative und qualitative Datenbasis geschaffen. Auftragnehmer – auch für die wissenschaftliche Projektbegleitung – ist das Organisationsberatungsinstitut Thüringen (ORBIT e.V.). Mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen können die Maßnahmen des Aktionsplans in ihrer Dringlichkeit überprüft werden; sie bilden zudem eine Grundlage für dessen Weiterentwicklung.

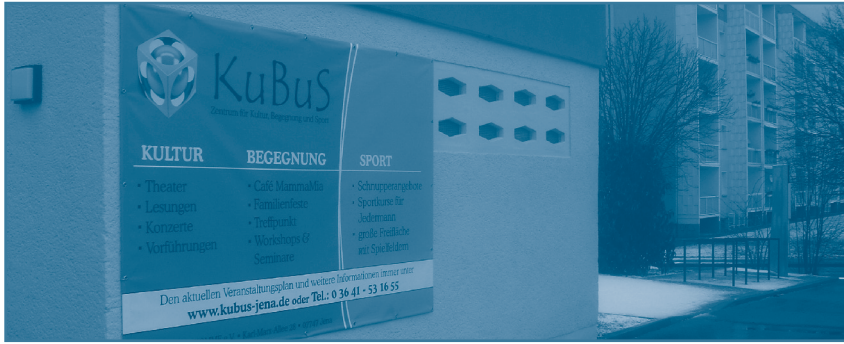
Das Engagement der lokalen Akteure zur konzeptionellen Arbeit ist groß: Rund 60 Personen fanden sich nach einem ersten Auftakttreffen für den lokalen Aktionsplan im Juni 2010 bereit, in vier Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen Sprache, Bildung und Arbeit,

Generationen und Gemeinschaftliches Zusammenleben zu arbeiten. Verwaltung und Integrationsbeirat konnten in dieser Phase strukturell nicht angebunden werden. Das Engagement einzelner Mitarbeiterinnen war jedoch sehr hoch.

Ziel- und Konzeptentwicklung

Als Konkretisierung des kommunalen Integrationskonzeptes erarbeiten die relevanten Akteure im Sozialraum den Aktionsplan für Lobeda unter Federführung der Integrationsbeauftragten. In den vier Handlungsfeldern Arbeit und Bildung, Sprache, Gemeinschaftliches Zusammenleben und Generationen wurden 83 Maßnahmen mit jeweiligen Handlungszielen erarbeitet. Neben Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens und der Akzeptanz findet sich vor allem die Notwendigkeit wieder, die strukturelle Integration zu fördern (z.B. Strukturen zur Förderung berufsbezogener Sprachkurse) und die interkulturelle Öffnung von Regel- und Bildungseinrichtungen (z.B. interkulturelle Sensibilisierung von Lehrern) zu verbessern. Der Aktionsplan operationalisiert die im gesamtstädtischen Integrationskonzept formulierten Leitlinien und schafft praxisbezogene Anlässe zur intensiveren Diskussion und Umsetzung von Integrationspolitik. Der Stadtteilbezug ist als Ausgangspunkt für die Entwicklung dieses konkretisierenden Aktionsplans zu betrachten; die Maßnahmen selbst besitzen zu rund 90% Relevanz für die Gesamtstadt. Derzeit wird ein Stadtratsbeschluss des Aktionsplans angestrebt.

Im Rahmen eines Stadtteilforums im Februar 2011 wurden mitwirkende sowie federführend verantwortliche Personen für die Umsetzung einzelner



KuBus in Jena-Lobeda (Foto: StadtRaumKonzept)

Maßnahmen identifiziert. Über maßnahmenbezogene Kontakte, z.B. im Bereich der Jugendhilfe oder der Altenpflege, entstanden erste Umsetzungsoptionen auch in der Verwaltung.

Der Integrationsbeirat bekundete von Beginn an großes Interesse an den Aktivitäten und folgte nahezu vollständig einer Einladung zur beiratsinternen Diskussion des Aktionsplans durch die Projektkoordinatorin.

Parallel zur Erstellung des Aktionsplans wurden Qualitätskriterien zur Erlangung eines Zertifikats für „Interkulturell geöffnete Einrichtung“ (Arbeitstitel) entwickelt und in einem Probedurchlauf mit einer Modelleinrichtung in einem dreistufigen Coachingverfahren erprobt. Aus der Erprobungsphase heraus wurden die Kriterien weiterentwickelt und um eine Kategorie „Nachweismöglichkeiten“ (z.B. mehrsprachige Informationsfaltblätter, Türschilder) und um einen ‚Interkulturellen Selbstcheck‘ für die Einrichtungen ergänzt. Verantwortlicher Akteur ist die Kindersprachbrücke Jena e.V.

Umsetzung

Die lokalen Akteure beginnen aktuell, unterstützt durch einen kommunal finanzierten Fonds für Integrationsmaßnahmen, mit der Umsetzung erster Maßnahmen (z.B. Inforeihe zum Thema „Kultursensible Altenhilfe in Deutschland“ oder Entwicklung eines umfassenden Weiterbildungsprogrammes zur Qualifizierung von Erziehern in Kindertagesstätten in Bezug auf Sprachförderung und interkulturelle Qualitätsentwicklung). Nach Abschluss der Strategiegespräche mit Verwaltungsmitarbeitern startet auch hier die Umsetzung des Aktionsplans. Somit konnte

die Integrationsbeauftragte erfolgreich relevante Akteure in den Umsetzungsprozess einbinden und gemäß der Querschnittsorientierung Zuständigkeiten an entscheidende Stellen verlagern. Das Coaching zur interkulturellen Öffnung wird mit fünf weiteren Einrichtungen umgesetzt.

Mit den Projektpartnern wurden Eckpunkte für das zu gründende Integrationsbündnis erarbeitet: Es wird aus den thematischen Arbeitsgruppen bestehen, die den Aktionsplan erarbeitet haben, sowie weitere Akteure aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (z.B. aus Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Wohnungsunternehmen, Wirtschaft und Hochschulen sowie aus Sport- und Kulturvereinen) einbinden. Alle Mitglieder verpflichten sich durch die Unterzeichnung einer Charta zur aktiven Mitarbeit am Bündnis. Es dient zur Schaffung nachhaltiger integrationspolitischer Strukturen, zur weiteren Initiierung der Interkulturellen Öffnung und soll eine Lobby für Integrationsfragen bilden.

Nächste Schritte

- Markt der Möglichkeiten: 6 Arbeitsgespräche nach der Sommerpause mit lokalen Akteuren und Trägern zur Organisation einer zielgerichteten und kooperativen Umsetzung von Maßnahmen
- Spätsommer und Herbst 2011: Führungskräftewerkstatt (I) sowie Integrationswerkstatt (II) mit Verwaltungsmitarbeitern, Vertretern von Migrantenorganisationen und relevanten Akteuren mit der Bertelsmann Stiftung
- Erstmalige Vergabe des Zertifikates für interkulturell geöffnete Einrich-

tungen nach erfolgreichem Abschluss der Coachings

- Dezember 2011: Gründung des Integrationsbündnisses. Geplant ist weiterhin die Gründung eines Fördervereins, dessen Aufgabe unter anderem die Vergabe der Zertifikate ist.
- Team- und verwaltungsinterne Reflexion des Prozesses und Schaffung künftiger Umsetzungs- und Entscheidungsstrukturen; u.a. Januar 2012: Auswertung der Werkstätten (III)

Kontakt

Projekträger:

Stadt Jena

Dezernat 1, Beauftragte für Migration und Integration

Frau Dörthe Thiele

Saalbahnhofstraße 9, 07743 Jena

Telefon: 03641 / 492 635

Fax: 03641 / 492 634

E-Mail: integration@jena.de

Projektkoordination:

AWO Kreisverband Jena-Weimar e.V. - Fachdienst für Migration und Integration

Frau Kirsten Wiebking

Kastanienstraße 11, 07747 Jena

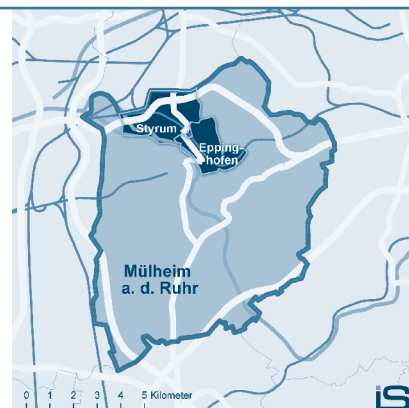
Telefon: 03641 / 8741-110

Fax: 03641 / 8741-109

E-Mail: kwiebking@awo-jena-weimar.de

Mülheim an der Ruhr - Styrum und Eppinghofen

Entwicklung einer integrierten und sozialraumorientierten Handlungsstrategie für Integration



Steckbrief

Stadt:

Mülheim an der Ruhr (169 000 Einw.)

Land:

Nordrhein-Westfalen

Stadtteil:

Eppinghofen (11 800 Einw.)

Anteil der Bezieher von SGBII-Leistungen²:

27% (Gesamtstadt: 13%)

Anteil Bev. mit Migrationshintergrund³:

ca. 45% (Gesamtstadt: 22%)

Größte Migrantengruppen nach Herkunftsländern:

Türkei, Polen, ehem. Serbien und Montenegro, Afrika (insbes. Marokko)

Bebauungsstruktur:

an die Innenstadt angrenzender Stadtteil mit gemischter Bebauungsstruktur (Industriegebiete, Werkswohnungen, bürgerliche Gründerzeitviertel, Mietwohnungsbestände, Geschäftsstraße)

Stadtteilbezogene Förderung:

Programm Soziale Stadt (bis Juni 2010, Förderung des Stadtteilbüros seitdem über kommunale Mittel), Programm STÄRKEN vor Ort, Erziehungs- und Bildungspartnerschaften (aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds gefördert)

² Anteil an Allen unter 65 Jahren.

³ Ausländer, Doppelstaater, nach 1949 im Ausland geboren, mind. ein Elternteil auf den die Kriterien zutreffen.

Stadtteil:

Styrum (15 700 Einw.)

Anteil der Bezieher von SGBII-Leistungen:

23% (Gesamtstadt: 13%)

Anteil Bev. mit Migrationshintergrund:

ca. 35% (Gesamtstadt: 22%)

Größte Migrantengruppen nach Herkunftsländern:

Türkei, Polen, ehem. Serbien und Montenegro, Afrika (insbes. Marokko)

Bebauungsstruktur:

isoliert gelegenes Arbeiterviertel in direkter Nachbarschaft zu Gewerbeflächen mit dominierendem Werks- und Mietwohnungsbau

Stadtteilbezogene Förderung:

Erziehungs- und Bildungspartnerschaften (aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds gefördert)

Ausgangslage

In Mülheim an der Ruhr sind Tendenzen sozialer, ethnischer und demografischer Segregation zu beobachten. Die Stadtteile Styrum und Eppinghofen sind davon in negativer Hinsicht am stärksten betroffen, weisen dabei jedoch eine starke kleinräumige Differenzierung auf: Sie umfassen sowohl sozial hoch belastete Straßenzüge und Wohnblöcke als auch ausgesprochen bürgerliche Viertel. Es handelt sich um typische Nord-Stadtteile des Ruhrgebiets, die durch ihre Nähe zur Industrie geprägt und durch Wohnungsbau für Arbeiter gewachsen sind.

Integrationspolitische Rahmenbedingungen

Die Koordinierungsstelle Integration der Stadt Mülheim an der Ruhr, angesiedelt beim Dezernat Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport, ist verantwortlich für die Steuerung der integrationspolitischen Maßnahmen der Stadt. Übergeordnete Ziele der Integrationsstrategie der Stadt Mülheim an der Ruhr sind:

- Schaffung von Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen
- Herstellung von Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben und zur Förderung des Dialogs
- Stabilisierung und Aufwertung der sozial benachteiligten Quartiere
- Verbesserung der Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten aller dort lebender Menschen.

Die Koordinierungsstelle initiiert und steuert ressortübergreifend Projekte und Programme, kommuniziert mit unterschiedlichen Akteuren und ist Ansprechpartner bei aktuellen Ereignissen und Prozessen. Ein Meilenstein ihrer Arbeit war das im Jahr 2008 in enger



Historischer Gebäudebestand in Styrum (Foto: StadtRaumKonzept)

Kooperation mit den Akteuren vor Ort erstellte externe Gutachten „Sozialräumliche Integration in Mülheim an der Ruhr - Empfehlungen für eine Handlungsstrategie“ (Mayer/Polat 2008). Mit dem Gutachten liegt ein Konzept vor, das integrationspolitische und sozialraumbezogene Ansätze für die Gesamtstadt und die Stadtteile Eppinghofen und Styrum verbindet.

Zielsetzungen des Modellvorhabens

Ziel des ExWoSt-Modellvorhabens der Stadt Mülheim an der Ruhr ist es, einen Aktionsplan zu entwickeln, der die integrations- und stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen in den Stadtteilen Styrum und Eppinghofen beleuchtet und Transparenz über bereits umgesetzte bzw. zukünftig anvisierte Aktivitäten und Verfahrensschritte vor Ort schafft.

Die Entwicklung des Aktionsplanes erfolgt im Rahmen eines moderierten Prozesses mit Experten aus der Stadtverwaltung, der Gesamtstadt und den beiden Stadtteilen (Expertengespräche, Implementation themenspezifischer Runder Tische). Er wird den politischen Gremien vorgelegt und damit Verbindlichkeit für die Stadtverwaltung haben. Erste Teile des Aktionsplans werden im Rahmen von ExWoSt unter Beteiligung von Akteuren vor Ort umgesetzt. Ressortübergreifende Runde Tische setzen anhand von Handlungsfeldern Starterprojekte um. So entstehen nachhaltige Kooperationsformen.

Steuerungsstrukturen

Die Federführung für das Modellvorhaben hat die Koordinierungsstelle Integration im Dezernat Arbeit, Gesundheit, Soziales und Sport der Stadt Mülheim an der Ruhr. Hier wird das

ExWoSt-Projekt von einem Mitarbeiter geleitet. Bei der Durchführung der Expertengespräche, der Umsetzung von Starterprojekten sowie der Implementation Runder Tische wird das Modellvorhaben beratend durch das Büro für sozialwissenschaftliche Arbeit in Herne unterstützt. Gesteuert wird der Prozess von einer ressortübergreifenden Steuerungsgruppe auf Dezernatenebene (Dezernat für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Sport und Dezernat für Umwelt, Planen, Bauen). Teile der Steuerungsgruppe sind daneben wichtige Akteure der Stadtteilentwicklung und Kultur. Zentrale Bedeutung haben dabei das Stadtteilmanagement Eppinghofen und die Feldmannstiftung in Styrum. Sie sind Multiplikatoren für die Beteiligung der Stadtteilbevölkerung und für die Umsetzung stadtteilbezogener (Bildungs- bzw.) Entwicklungsstrategien. Die Stadtteilbevölkerung wird über bestehende Gremien wie das Eppinghofer Forum und die Stadtviertelkonferenz Styrum über umzusetzende Maßnahmen informiert und themenspezifisch beteiligt.

Umsetzungsstand und Ergebnisse Bestandsaufnahme

Die Bestandsaufnahme bestimmte das ExWoSt-Modellvorhaben im ersten Jahr. Sie ergab, dass ein Großteil der Empfehlungen aus dem Gutachten „Sozialräumliche Integration in Mülheim an der Ruhr“ bereits umgesetzt bzw. bearbeitet werden konnten. Zudem wurde im Rahmen des Prozesses deutlich, dass Bedarfe, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Gutachtens thematisch gestreift wurden, zwischenzeitlich zunehmend an Bedeutung gewonnen haben (z.B. Altern im Quartier sowie fehlende Bewegungsmöglichkeiten für Jugendliche im Stadtteil außerhalb von

Vereinen). 28 themenspezifische Expertengespräche führten zudem zu einem Dialog über sozialräumliche Integration. Dabei zeigte sich, dass viele Akteure an der Schnittstelle Integration und Stadtteilentwicklung tätig sind.

Ziel- und Konzeptentwicklung

Das ExWoSt-Projektteam entwickelte aus der Bestandsaufnahme einen Aktionsplanentwurf für die Gesamtstadt, Eppinghofen und Styrum und stellte dessen zentrale Ergebnisse im Frühjahr 2011 der Steuerungsgruppe vor. Der Aktionsplan berücksichtigt – auf der Grundlage der Empfehlungen aus dem Gutachten und je nach Gewichtung der städtischen Untersuchungsräume – die Themenfelder kommunale Integrationspolitik, Stadtumbau/ Stadtentwicklung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarktintegration, Kultur, Gesundheit/ Demografie/ Sport, Öffnung der Verwaltung/ Monitoring. Der Aktionsplan wird ein verwaltungsinternes Instrument zur Koordination von Handlungen sein, der insbesondere Arbeitsgrundlage für die Koordinierungsstelle Integration ist. Er hat die Form einer fortschreibbaren Synopse, die aktuell und leicht lesbar sein soll.

Umsetzung

Die Umsetzung ist geprägt von der Arbeit an drei Starterprojekten. Diese greifen handhabbare und gleichzeitig prägende stadtteilspezifische Themen aus der Bestandsaufnahme auf.

- Starterprojekt zum Thema Übergang Schule-Beruf: In Zusammenarbeit mit dem türkischen Konsulat und unter der Federführung des U25-Hauses fanden zwei Informationsveranstaltungen statt. Neben Vertretern der



Friedrichstraße / Stadtmitte (Foto: Mülheimer Stadtmarketing und Tourismus GmbH)



Heißenerstraße / Eppinghofen (Foto: Stadtteilmanagement Eppinghofen, Mülheim an der Ruhr)

Schulen, den Eltern und Jugendlichen nahmen auch die örtlich aktiven Migrant*innenorganisationen teil. Die Veranstaltungen fanden in den Stadtteilen u.a. in einer Moschee statt.

- Starterprojekt zum Thema „Schaffung von Freiräumen und attraktiven Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche in Eppinghofen“: Der ressortübergreifende Runde Tisch „Sport im Stadtteil Eppinghofen“ hat nach einer Begehung des Stadtteils drei potentielle Flächen zur weiteren Planung ausgewählt. Eine Dirt-Bike-Strecke soll in Zusammenarbeit mit Jugendlichen gebaut werden.
- Starterprojekt zum Thema „Vernetzung von Schulen, Sportvereinen und Jugendeinrichtungen zur Schaffung attraktiver Sportangebote für Kinder und Jugendliche aus dem Quartier Styrum“: Dieses Projekt wird ebenfalls von einem Runden Tisch bearbeitet, der Schulen, Sportvereine und Jugendeinrichtungen unter Beteiligung von Stadtverwaltung und Stadtteilakteuren vernetzt. Ziel ist es, den Jugendlichen zusätzliche Bewegungsmöglichkeiten u.a. in der Trendsportart „Parkour“ anzubieten. Dazu wird es eine Werkstatt für Jugendliche geben. Anschließend soll eine offene AG zu Parkour an einer Schule im Quartier eingerichtet werden.

Ressortübergreifende Runde Tische begleiten die Umsetzung, die unter Beteiligung von Stadtverwaltung und Stadtteilakteuren erfolgt.

Ziele und Erkenntnisse des ExWoSt-Modellvorhabens werden gleichzeitig in verschiedene Stadtentwicklungsprozesse übertragen. So gelingt es, städtebauliche Maßnahmen integriert und im

Zusammenhang mit sozialstrukturellen Bedarfen der Quartiere zu planen (u.a. Arbeitskreis Wohnen (gesamtstädtisch) bzw. „Klöttschen“ (Eppinghofen), Handlungskonzept Innenstadt und Zukunftswerkstätten Sport).

Nächste Schritte

In der letzten Phase des Modellvorhabens stehen die Umsetzung und nachhaltige Verankerung von Themen und Strukturen im Mittelpunkt. Folgende Schritte sind geplant:

- Begleitung der Umsetzung der ExWoSt-Starterprojekte einschließlich Moderation der Runden Tische mit dem Ziel der Verstetigung
- Aktualisierung und Fortschreibung des Aktionsplans sowie Verabschiedung durch die Steuerungsgruppe und die politischen Gremien
- Präsentation im Rahmen einer Abschlussveranstaltung mit den beteiligten Akteuren in Mülheim, voraussichtlich im ersten Quartal 2012

Kontakt

Projektträger:

Stadt Mülheim an der Ruhr
Dezernat Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport

Ruhrstraße 1

45468 Mülheim an der Ruhr

Ansprechpartner:

Herr Özay Vural

Telefon: 0208 / 455 -1532

E-Mail: oezay.vural@stadt-mh.de

Projektpartner:

Büro für sozialwissenschaftliche Arbeit

Herr Lars Czommer

Heyerstr. 21

44627 Herne

Telefon: 0160/1516292

E-Mail: buero@czommer.de

Nürnberg

Einbindung von MigrantInnen und Migrantenorganisationen in Prozesse der Stadt(teil)entwicklung und Stadtteilkommunikation



Steckbrief

Stadt:

Nürnberg (500 000 Einw.)

Land:

Bayern

Stadtteil:

Langwasser (42 000 Einw.)

Anteil Bev. mit Migrationshintergrund:

ca. 31% (Gesamtstadt: 38%)

Größte Migrantengruppe nach Herkunftsland:

russischsprachige Migrantinnen und Migranten/Aussiedler

Bebauungsstruktur:

heterogen, nach 1948 erbaut, östlich aufgelockerte ein-/zweigeschossige Einfamilienhausbebauung in Reihenbauweise, westlich aufgelockerte mehrgeschossige Mehrfamilienhausbebauung in blockartiger bzw. Zeilenbauweise

Stadtteilbezogene Förderung:

Stadtteilkoordination und Kulturläden (aus kommunalen Mitteln)

Stadtteil:

Muggenhof (10 000 Einw.)

Anteil Bev. mit Migrationshintergrund:

ca. 50% (Gesamtstadt: 38%)

Größte Migrantengruppe nach Herkunftsland:

keine signifikante Häufung

Bebauungsstruktur:

heterogen, vor 1918 bzw. zwischen 1919 und 1948 erbaut, teils Blockrandbebauung, teils Reihenhäuser mit Gärten; Zerschneidung der Wohngebiete durch Industrieansiedlungen

Stadtteilbezogene Förderung:

Modellmaßnahme der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, Programm Stadtumbau West; Stadtteilkoordination und Einrichtung eines Kulturladens

Migrantinnen und Migranten stammen aus den unterschiedlichen Herkunftsländern der ehemaligen Gastarbeiter, die in den großen örtlichen Unternehmen beschäftigt waren. Zudem soll der Stadtteil im Rahmen von Stadtumbau-West umfassend umgestaltet werden.

Integrationspolitische Rahmenbedingungen

Nürnberg verfügt über umfassende Strukturen der Integrationsarbeit und auch über einen erheblichen Erfahrungshintergrund in der sozialräumlichen Ausrichtung der kommunalen Verwaltung. Am 21. März 2010 fanden die Wahlen zum „Rat für Integration und Zuwanderung“ statt, der den bisherigen Ausländerbeirat und Aussiedlerbeirat als Interessenvertretungsgremien der Nürnberger Migrantinnen und Migranten ablöst. Seine Beschlüsse und Anliegen werden auf der Ebene des Stadtrats in der Stadtratskommission für Integration als zuständigem Fachausschuss behandelt. Die Koordinierungsgruppe „Integration“, die im Jahre 2002 eingerichtet wurde, ist die verwaltungsinterne Steuerungseinheit für den kommunalen Politik- und Handlungsbereich „Integration von Zuwanderern“. Zur Begleitung des Integrationsprogramms wurde zudem ein Kuratorium ins Leben gerufen, in dem alle maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte vertreten sind.

In dem Ende 2004 fertiggestellten ersten Teil des Integrationsprogramms werden die Rahmenbedingungen und Leitlinien der kommunalen Integrationspolitik der Stadt Nürnberg bestimmt. Das Integrationsprogramm definiert die Integration von Migranten als zentrale kommunalpolitische Querschnittsaufgabe. Somit sieht sich die Stadt Nürnberg insgesamt

Ausgangslage

Das Modellvorhaben wird in zwei Stadtteilen mit sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen umgesetzt: Der Stadtteil Langwasser – hauptsächlich von Aussiedlern und Spätaussiedlern geprägt – stand in den vergangenen fünf Jahren im Fokus städtischer Strategien (z.B. Sozialraumorientierung und Stadtteilkommunikation). Als Ergebnis der dreijährigen Arbeit der Stadtteilkoordination existieren hier eingeführte Kommunikationsstrukturen, die durch

das Projekt für Migrantinnen und Migranten interkulturell weiterentwickelt werden sollen. Muggenhof wiederum ist momentan einer hohen Dynamik unterworfen, die sich in weggebrochenen Arbeitsplätzen (AEG und Quelle) und den entsprechenden sozialen, ökonomischen und auch städtebaulichen Umbrüchen ausdrückt. Andererseits werden gegenwärtig neue stadtteilkulturelle Angebote aufgebaut, es besteht eine Stadtteilkoordination sowie ein hohes Mitwirkungsinteresse von Migrantenvereinen. Die



Luftbildaufnahme des Stadtteils Langwasser (Foto: Stadt Nürnberg)



Luftbildaufnahme des Stadtteils Muggenhof (Foto: Stadt Nürnberg)

einer interkulturellen Orientierung verpflichtet, die kulturelle Vielfalt als zukunftsweisendes Entwicklungspotential für die Stadt ansieht und bestehende Angebote und Einrichtungen – wo nötig – zielgruppengerecht verändert bzw. ergänzt.

Die Partizipation von Migrant*innen (Organisationen) geschieht bislang in den gesamtstädtischen Gremien, durch integrationspolitische Hearings und Diskussionen sowie zentral und dezentral im Kulturbereich (dezentrale Kulturläden). Auf Stadtteilebene existiert ein Netz von soziokulturellen Stadtteilinrichtungen sowie zahlreichen Vernetzungsgremien, in denen die Beteiligung von Migrant*innen und Migrant*innen unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Zielsetzungen des Modellvorhabens

Das Projekt entwickelt in den ausgewählten Stadtteilen Modelle für die Motivierung und Unterstützung von Migrant*innen und Migrant*innenorganisationen zur aktiven Mitwirkung in bestehenden Kommunikations- und Beteiligungsprozessen der Stadtteilentwicklung. Ergänzend werden unter Beteiligung von Migrant*innen (Organisationen) neue Beteiligungsformate erprobt, die von vornherein migrantenspezifische Interessen und Engagementformen berücksichtigen. Die Erprobung neuer Beteiligungsformate soll dazu beitragen, deren Wirkung vor dem Hintergrund der unterschiedlichen stadtteilspezifischen Ausgangslagen zu analysieren, um damit eine Übertragbarkeit auf andere Stadtteile einschätzen zu können.

Als Voraussetzung für die Weiterentwicklung bestehender und den Aufbau neuer Beteiligungsformate werden einerseits

interkulturelle Öffnungsprozesse für die bestehenden Kommunikations- und Beteiligungsangebote und die beteiligten Akteure der Mehrheitsgesellschaft (engagierte Bürger, Stadtteilkoordinatoren, Stadtteilarbeitskreis, Stadtteilläden etc.) modellhaft initiiert. Andererseits sollen für Migrant*innen (Organisationen) Qualifizierungs- und Empowermentangebote konzipiert werden, um die grundlegenden Voraussetzungen dafür zu schaffen, ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Zudem ist es Ziel, bei den Migrant*innenorganisationen einen Bezug zum Stadtteil herzustellen, da sie sich bisher eher auf die Gesamtstadt beziehen.

Steuerungsstrukturen

Das Gesamtprojekt wird durch eine Steuerungsgruppe aus der Stabstellenleitung des Inter-Kultur-Büros, der Abteilungsleitung für die Kulturläden, den Leitern der Einrichtungen in den Stadtteilen sowie der Koordinierung (ISKA) unter Hinzuziehung der Regiestelle Sozialraumentwicklung beim Referat für Jugend, Familie und Soziales sowie dem Amt für Wohnen und Stadtentwicklung begleitet. Darunter sind Arbeitsgruppen für die einzelnen Stadtteile gebildet worden. Die einzelnen Maßnahmen in den Stadtteilen werden systematisch in übergreifende städtische Gremien, die sich mit Integration und Stadtentwicklung befassen, eingebunden bzw. eingebracht (z.B. Rat für Integration, AK Stadterneuerung).

Umsetzungsstand und Ergebnisse Bestandsaufnahme

Nachdem sich die Steuerungsgruppe konstituiert hat, wurden auf einer Klausur die wesentlichen Zielsetzungen des Projektes konkretisiert und zunächst

das weitere Vorgehen für die Bestandsaufnahme besprochen. Das Modellvorhaben wurde in städtische Gremien und in Einrichtungen, Organisationen und Netzwerken in den Stadtteilen vorgestellt.

Auch auf verschiedenen Veranstaltungen mit Migrant*innenorganisationen wurde das Projekt diskutiert. Im Rahmen der Wahlen für den neuen Integrationsbeirat wurden Migrant*innen durch eine standardisierte Erhebung nach ihren Partizipationswünschen und ihrer Engagementbereitschaft befragt. Weiterhin wurden Schlüsselpersonen in den Einrichtungen sowie Migrant*innen in den Stadtteilen nach ihren Wünschen und Vorstellung bezüglich der Stadtteilentwicklung und Partizipationsmöglichkeiten befragt. Im Rahmen einer Klausur Mitte 2010 wurden die bis dahin vorliegenden Ergebnisse der Bestandsaufnahme ausgewertet und die weitere strategische Umsetzung operationalisiert.

Ziel- und Konzeptentwicklung

Die verschiedenen Leitlinien und Zielsetzungen der gesamtstädtischen Integrationspolitik werden im Rahmen des Modellvorhabens auf die beiden Stadtteile „heruntergebrochen“, so dass stadtteilbezogene und gesamtstädtische Integrationsstrategien ineinandergreifen. Für den Stadtteil Langwasser wurde entschieden, die Strategie stärker auf die Öffnung bestehender Stadtteilgremien (Bürgerverein und Stadtteilforum) für die Belange von Migrant*innen und Migrant*innen zu orientieren. Dazu finden mit beiden Gremien intensive Diskussionen und auch Veranstaltungen statt.

Im Stadtteil Muggenhof soll der beginnende Prozess des Stadtumbaus-West



Diskussion mit dem Nürnberger Oberbürgermeister beim Stadtteilforum Langwasser (Foto: Stadt Nürnberg)

dazu genutzt werden, die Migranten und ihre Interessen von Beginn an in die Strategieformulierung und umsetzung einzubeziehen.

Umsetzung

Das Thema Integration ist ein fester Bestandteil im integrierten Stadtteilentwicklungskonzept für den Stadtteil Muggenhof (InSEK Weststadt) im Rahmen von Stadtumbau-West geworden. Bezüglich der Orientierung von Migrantenorganisationen auf den Stadtteil hat für beide Stadtteile eine Vielzahl von Gesprächen stattgefunden. Es ist zudem gelungen, einige Migrantenvereine in die Arbeit in den beiden Stadtteilen aktiv einzubeziehen.

In Langwasser haben Gespräche und eine große Veranstaltung mit dem Bürgerverein über die Beteiligungsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten stattgefunden. Auch das Stadtteilforum hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Eine Vertreterin des Rates für Integration ist inzwischen als Mitglied in das geschäftsführende Gremium des Stadtteilforums aufgenommen und weitere Migrantinnen und Migranten konnten für eine aktive Mitarbeit in den Arbeitskreisen des Stadtteilforums gewonnen werden.

Nächste Schritte

- Weitere Konkretisierung geplanter Beteiligungsmaßnahmen im Rahmen von Stadtumbau West in Muggenhof, u.a. ist vorgesehen, das Thema „Integrationsstrategie“ als Teilaufgabe des InSEKs Weststadt weiterzuentwickeln.
- Theaterprojekt, das in Kooperation mit dem Staatstheater Nürnberg unter Federführung des Kulturbüros Muggenhof das Leben im Stadtteil und die Beteiligung von BewohnerInnen (mit und ohne Migrationshintergrund) thematisiert.

genhof das Leben im Stadtteil und die Beteiligung von BewohnerInnen (mit und ohne Migrationshintergrund) thematisiert.

- In Langwasser wird weiter an der Öffnung und Strukturveränderung des Bürgervereins gearbeitet.
- Der Sozial- und Kulturmarkt wird unter dem Motto „Gemeinsam für die Vielfalt in Langwasser“ stehen. Dazu wird auch eine möglichst breite interkulturelle Beteiligung angestrebt. Schirmherr ist der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg.
- Der Rat für Integration benennt aus seiner Mitte Verantwortliche für einzelne Stadtteile, die in die Arbeit und die Gremien vor Ort einbezogen werden.
- Erarbeitung von Übertragungsempfehlungen zur aktiven Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten an Stadtteilentwicklungsprozessen.

Kontakt

Projektträger:

Stadt Nürnberg

Amt für Kultur und Freizeit

Gewerbemuseumsplatz 1

90403 Nürnberg

Ansprechpartnerin:

Frau Gülay Aybar-Emonds

Telefon: 0911 - 231 3848

Fax: 0911 - 231 8166

E-Mail: guelay.aybar-emonds@stadt.nuernberg.de

stadt.nuernberg.de

Projektpartner:

Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA)

Herr Torsten Groß

Gostenhofer Hauptstraße 61

90443 Nürnberg

Telefon: 0911 - 27 29 98-0

Fax: 0911 - 929 66 90

E-Mail: post@iska-nuernberg.de

Quakenbrück

Das Projekt FITKomm (Familie - Integration – Kommune)



Steckbrief

Stadt:

Quakenbrück (13 000 Einw.)

Land:

Niedersachsen, Landkreis Osnabrück

Stadtteil:

Neustadt (4 000 Einw.)

Anteil Bev. mit Migrationshintergrund:

36% (Gesamtstadt: 23%)

Größte Migrantengruppen nach Herkunftsländern:

Russland (Aussiedler/ Spätaussiedler), Griechenland (zu 90% Muslime)

Bebauungsstruktur:

von der Stadt räumlich getrennter, gemischt strukturierter Stadtteil mit Industriegebäuden und -brachen, Einfamilienhäusern, Geschossbauten aus den 70er Jahren und ehemals militärisch genutzten Gebäudekomplexen aus den 20er Jahren

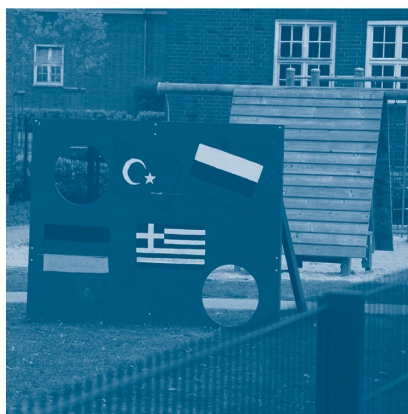
Stadtteilbezogene Förderung:

Programm Soziale Stadt in einem Teilgebiet der Neustadt (derzeit vorbereitende Untersuchung für Gebietserweiterung), Programm STÄRKEN vor Ort

Ausgangslage

Quakenbrück, insbesondere die Neustadt, durchlebte in den letzten Jahren einen umfangreichen Strukturwandel: an dem ehemaligen Standort großer Industrieunternehmen ist die Bedeutung des produzierenden Gewerbes erheblich zurückgegangen. Die hohe Zuwanderungsquote ist zugleich Herausforderung und Chance der im strukturschwachen Norden des Landkreises Osnabrück gelegenen Stadt Quakenbrück: Fast ein Viertel der Bevölkerung hat Migrationshintergrund und stammt aus 61 verschiedenen Nationen. Im Stadtteil Neustadt befindet sich seit 2003 ein Sanierungsgebiet, das mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt gefördert wird.

Eine besondere ethnische Gruppe im Stadtteil stellen griechischstämmige Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens dar. Es bestehen in Teilbereichen des Stadtteils massive Konflikte im nachbarschaftlichen Zusammenleben mit deutschstämmigen Anwohnern.



Hasetalschule Quakenbrück (Foto: Quartiersmanagement Quakenbrück)

Integrationspolitische Rahmenbedingungen

Der erste Schritt auf dem Weg zu einer gesamtstädtischen Integrationsstrategie war die Analyse der Integrationsbemühungen der Stadt Quakenbrück durch das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. 2008/09. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen wurden in einem Vorschlag für das Handlungskonzept „Integration in Quakenbrück“ zusammengefasst und im Sommer 2009 vom Rat der Stadt einstimmig als Basis der Ausgestaltung zukünftiger Integrationsmaßnahmen beschlossen.

Die Integrationsbemühungen der Stadt werden vom Landkreis Osnabrück durch den Integrationsbeauftragten des Landkreises und vom SGB II-Träger des Landkreises unterstützt.

Zielsetzungen des Modellvorhabens

Oberziel des Modellvorhabens in Quakenbrück ist die Stärkung und Weiterentwicklung des kommunalen Integrationsmanagements als Querschnittsaufgabe unter Beteiligung aller wesentlichen Akteure. Dabei geht es einerseits um die Koordinierung der Aktivitäten vor Ort auf der Basis gemeinsamer Zielvorstellungen, andererseits um die Einbettung sozialräumlicher Aktivitäten in eine gesamtstädtische Strategie.

Fünf Module sollen realisiert werden:

1. Aufbau von langfristigen Personalressourcen und Teambildung innerhalb der Stadtverwaltung
2. Etablierung von Strukturen zur Abstimmung der operativen Integrationsarbeit zwischen den hauptamtlichen Akteuren.
3. Schriftliche Vereinbarungen über eine verlässliche Zusammenarbeit

aller Akteure der Arbeitsgemeinschaft „Bildung“ untereinander und mit den Hauptamtlichen.

4. Förderung und Einforderung der Verantwortung der Eltern an der Entwicklung und Integration ihrer Kinder als gesellschaftliche Verpflichtung.
5. Aufbau von Fortbildungsmöglichkeiten, die Gruppen oder Einzelne bei der Arbeit unterstützen.

Der Schwerpunkt auf das Thema Bildung als exemplarisches Lernfeld leitet sich neben den objektiv vorhandenen Bedarfen aus dem Integrationsverständnis der Stadt Quakenbrück ab, das u.a. auf der Definition von Bade basiert (Integration „ist Ergebnis vor allem von entsprechender Teilhabe an Erziehung, Bildung und Ausbildung, die zum Beispiel wiederum die Voraussetzung zur Teilhabe am wirtschaftlichen Leben im Allgemeinen und am Arbeitsmarkt im Besonderen ist.“⁴).

Steuerungsstrukturen

Der Stadtdirektor sowie der Leiter des Fachbereichs Bürgerservice und Soziales bilden mit jeweils einem Vertreter der interfraktionellen Arbeitsgruppe und der Arbeitsgemeinschaft Bildung die formale Projektsteuerung. Gemeinsam mit dem Projektteam ist diese für den Informationsfluss zwischen Politik und Verwaltung und die Koordination der Aktivitäten verantwortlich. Das Projektteam besteht aus der Quartiersmanagerin Soziale Stadt als ‚Mittlerin‘ in die Neustadt, einer Mitarbeiterin des Familienservicebüros als Anbindung an die Verwaltung und dem Geschäftsführer des Präventionsrates.

4 Bade, Klaus J. 2007: Abschiedsvorlesung: Leviten lesen - Migration und Integration in Deutschland. In: IMIS-Beiträge Nr. 31/2007. Osnabrück, S. 61f.



Luftbild Quakenbrück (Foto: Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen, Hannover)

Das Projektteam ist gleichzeitig mit den wesentlichen Gremien im Stadtteil vernetzt. Wichtige Partner sind

- die Arbeitsgemeinschaft „Bildung“
- SGB II-Träger Maßarbeit kAÖR auf Landkreisebene
- der Begleitausschuss „STÄRKEN vor Ort“
- „Lernen vor Ort“ Landkreis Osnabrück

Umsetzungsstand und Ergebnisse Bestandsaufnahme

Voraussetzung für die Bestandsaufnahme war die Einrichtung von Arbeits- und Kommunikationsstrukturen. Nach der Bildung des Projektteams traf im März 2010 erstmals die Interfraktionelle AG als Forum für Integrationspolitik zusammen. Mit der AG Bildung fanden ebenfalls ab März 2010 Sitzungen statt. Ziel ist es, die AG als ein Gremium im Dialog

mit der Politik zu stärken. Als fachöffentlicher Auftakt wurde FITKomm im März 2010 Akteuren und sozialen Trägern, Verwaltung, Politik und Vertretern des Landkreises vorgestellt. Auf einer Zukunftskonferenz wurden die Integrationsbedarfe und -wünsche vor allem aus Sicht der Zielgruppe konkretisiert. Die hier definierten Handlungsfelder gingen in die Struktur für den Aktionsplan Neustadt ein.

Die breit angelegte Bestandsaufnahme erbrachte zusammengefasst folgende Integrationsbedarfe:

1. Übergangsquote zur Förderschule reduzieren. Lernmotivation von Förderschülern stärken
2. Niedrigschwellige Sprachkurse und Alphabetisierungskurse
3. Früherer Kita-Besuch, stärkere Heterogenität der Gruppen



Ort der Integration: Das Mehrgenerationenhaus in der Neustadt
(Fotos: StadtRaumKonzept)

4. Ursachen von Schulverweigerung finden und Strategien zum Abbau der Schulpflichtverletzungen entwickeln
5. Nachmittagsbetreuung / Hausaufgabenhilfe ausbauen
6. Sozialraumorientierte, niedrigschwellige Angebote in der Neustadt im Bereich frühkindliche Bildung und Entwicklung z.B. Spielkreise, Sportangebote, Gesundheitsaufklärung
7. Verbesserung der Kommunikation mit Eltern – Transparenz ermöglichen
8. Mobilität / Wohnsituation
9. Verstärkte interkulturelle Öffnung der Einrichtungen und Regeldienste

Die Auswertung von Studien und Statistiken bestätigte den gewählten Fokus auf das Thema Bildung: Nur 10% der Schüler aus der Neustadt streben ein Abitur an (Quakenbrück insgesamt: 22%). Im Saniierungsgebiet Neustadt besaßen 2004 75% aller befragten Migranten keinen Schulabschluss und 80% keine formal in Deutschland anerkannte Ausbildung (BauBeCon, 2009). Dagegen sind Kinder mit Migrationshintergrund aus der Neustadt überproportional in der Förderschule vertreten. Zudem waren Konflikte zwischen Trägern / Akteuren und den Familien zu beobachten.

Ziel- und Konzeptentwicklung

Mit FITKomm (Familie-Integration-Kommune) wird ein Instrument zur Stärkung und Weiterentwicklung des kommunalen Integrationsmanagements entwickelt, dessen Ziel es ist, bildungsbenachteiligte Familien zu erreichen und Strukturen zu schaffen, um die Teilhabe aller am System und die Bildungschancen der Kinder zu verbessern.

Das Konzept enthält Ziele und Maßnahmen für Aufbau, Stärkung und Etablie-

rung notwendiger Strukturen, die die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten auf verschiedenen Ebenen optimieren sollen. Die Ziele und Maßnahmen von FITKomm sind mit Akteuren, aber auch mit Politik und Verwaltung kommuniziert. Folgende Ziele wurden gesetzt:

1. Auf gesamtstädtischer Ebene wird eine konstruktive Integrationsdebatte geführt
2. Die Verwaltung arbeitet kontinuierlich an der Aufgabe, sich für Integrationsaufgaben fit zu machen
3. Die Integrationsarbeit in der Neustadt ist optimiert
4. Partizipationsmöglichkeiten für bildungsbenachteiligte Familien in der Neustadt sind geschaffen.

Diese strategischen Ziele sind in Teilziele herunter gebrochen, denen Maßnahmen zugeordnet sind: bereits stattfindende Aktivitäten und Projekte (wie das Neustadt-Forum oder die im Rahmen der Bestandsaufnahme durchgeführte Zukunftswerkstatt als Maßnahmen zur Stärkung von Beteiligung) sowie zusätzlich Notwendiges.

Ergänzend wird in einem Arbeitsgruppenverfahren der lokale Aktionsplan für die Neustadt erarbeitet. Er dient u.a. der Erprobung des Instrumentes FITKomm und beinhaltet praktische Maßnahmen, die von den sozialen Akteuren in ihrer täglichen Arbeit mit bildungsfernen Familien berücksichtigt und umgesetzt werden können. Als Arbeitsinstrument für die beteiligten Akteure, insbesondere die AG-Bildung soll der Plan kontinuierlich weitergeführt werden.

Die intensive Kommunikation zur Ziel- und Konzeptentwicklung hat zu einer konstruktiveren Zusammenarbeit zwi-

sehen Verwaltung und der AG Bildung sowie dem Begleitausschuss SvO geführt. Als Mitglied der Lenkungsgruppe SvO und des FITKomm-Teams hat die Quartiersmanagerin eine Doppelrolle, die als wichtiger Schnittpunkt wahrgenommen wird.

Umsetzung

Zahlreiche Maßnahmen konnten bereits in Bezug auf die gesetzten Projektziele umgesetzt bzw. begonnen werden. So wurden Informationsveranstaltungen für Eltern zum Abbau von Bildungsferne durchgeführt. Der Zugang zur Zielgruppe hat sich jedoch als schwierig herausgestellt. Die geplante Entwicklung von Bildungsvereinbarungen wird daher erst nach Beendigung des ExWoSt-Projektes weiterverfolgt. Das weitere Vorgehen des Prozesses konzentriert sich vor allem auf die Verabschiedung von FITKomm, die Umsetzung des Aktionsplans und die Errichtung von kommunalen Arbeitsstrukturen.

Zu diesem Zweck wurden Fortbildungen für Verwaltung und Stadtgesellschaft durchgeführt. Ein wichtiger Meilenstein ist die Integrationswerkstatt der Bertelsmann-Stiftung, an der Mitglieder aus Politik und Verwaltung, soziale Akteure sowie Personen mit Migrationshintergrund beteiligt waren. Ziel war es, die Anwesenden für das Thema Integration zu sensibilisieren und zu ermitteln, wo die Stadt Quakenbrück integrationspolitisch derzeit steht. Es wurden sowohl die strategische Notwendigkeit der Gestaltung von Integrationsprozessen für eine Kleinstadt im kommunalen/ regionalen Wettbewerb als auch die persönlichen Befindlichkeiten der Beteiligten thematisiert. Überlegungen zur künftigen Steuerung des Integrationsprozesses

wurden vor allem am zweiten Werkstatttag konkretisiert: So ist die Einrichtung eines ressortübergreifenden Integrationsgremiums geplant, aus dem Integrationspolitik gestaltet wird, das aber auch in die Verwaltung hinein wirken soll. Die in den gesamten Prozess eingebundene AG Bildung soll einen Vertreter in das Integrationsgremium entsenden und wird als beratendes Gremium an Fachausschuss- und Ratssitzungen beteiligt.

Mit dem Modellprojekt „Lernen vor Ort“, das mit einem Modellstandort im Landkreis Osnabrück vertreten ist, findet eine enge Kooperation zu den Aktionsfeldern Familienbildung / Elternarbeit und Bildungsmonitoring statt.

Für die weitere Beratung des kommunalen Prozesses des ExWoSt-Prozesses auch über 2012 hinaus wurde das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. beauftragt.

Nächste Schritte

Das Konzept FITKomm mit dem lokalen Aktionsplan für die Neustadt wird fertig-

gestellt (voraussichtlich bis Herbst 2011). Weitere Maßnahmen werden umgesetzt. Mit den Mitgliedern der AG Bildung werden die Handlungsfelder im Lokalen Aktionsplan gemeinsam verabschiedet. Mit Unterstützung durch eine externe Moderatorin werden verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit (Kooperationsvereinbarungen) erarbeitet.

Die Aufgabenbeschreibung für die Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten wird in der Verwaltung erstellt; eine Stellenausschreibung ist in Vorbereitung.

Die Ergebnisse der Werkstatt mit der Bertelsmann-Stiftung werden umgesetzt, insbesondere erfolgt die Vorbereitung zur Gründung der Lenkungsgruppe und zur Einrichtung des Integrationsmanagements in der Verwaltung.

Das Projektteam steigt in die Phase der Reflektion und Messung von Zielerreichung und Ressourceneinsatz ein.

Kontakt

Projektträger:

**Stadt Quakenbrück
FB Bürgerservice und Soziales**

Markt 2

49610 Quakenbrück

Ansprechpartner:

Herr Heinz Korte

Telefon: 05431 – 182 143

Fax: 05432 – 182 406

E-Mail: korte@artland.de

Projektpartner:

**BauBeCon Sanierungsträger
GmbH / Quartiersmanagement
für die Stadt Quakenbrück**

Frau Heike Bohm

Kamp 1 c

49074 Osnabrück

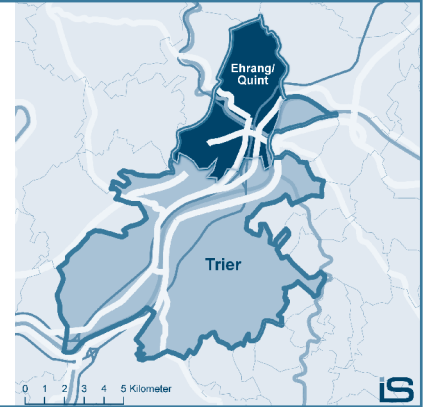
Telefon: 0541 – 20239451

Fax: 0541 - 27107

E-Mail: hbohm@baubeconstadt-sanierung.de

Trier – Ehrang/Quint

Bewertung und Umsetzung des ersten Integrationskonzeptes der Stadt Trier durch den Stadtteil Trier-Ehrang/Quint



Steckbrief

Stadt:

Trier (103 000 Einw.)

Land:

Rheinland-Pfalz

Stadtteil:

Ehrang/Quint (9 100 Einw.)

Anteil Bev. mit Migrationshintergrund:

14% (Ausländer plus Doppelstaater) (Gesamtstadt: ebenso)

Größte Migrantengruppen nach Herkunftsländern:

Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion

Bebauungsstruktur:

dicht besiedelter Arbeiterstadtteil mit historischem Ortsteilzentrum entlang von Industriegebiet und Verkehrsstrassen

Stadtteilbezogene Förderung:

Programm Soziale Stadt in einem Teilgebiet von Ehrang/Quint

Ausgangslage

Der Stadtteil Ehrang/Quint ist ein ehemaliger Arbeiterstadtteil mit einem hohen Anteil an von Armut und Arbeitslosigkeit betroffener Bevölkerung. Im Stadtteil wohnen viele Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund, vor allem Angehörige der ersten Gastarbeiter-Generation sowie Zugewanderte unter anderem aus der ehemaligen Sowjetunion (Kontingentflüchtlinge). Da Ehrang/Quint früher eine selbstständige Gemeinde war, ist der Stadtteil mit deutlicher Entfernung zur Stadtmitte zu einem (klein-) städtischen „Mikrokosmos“ mit vielfältigen Akteuren und Netzwerken geworden. Der Ortskern von Ehrang ist Programmgebiet der Sozialen Stadt. Ein Quartiersmanagement in Trägerschaft von Palais e.V. koordiniert die damit zusammenhängenden Maßnahmen vor Ort.



Historischer Ortskern Ehrang/Quint
(Foto: Beirat für Migration und Integration)

Integrationspolitische Rahmenbedingungen

In der Stadt Trier wird seit dem Jahr 2008 ein gesamtstädtisches Integrationskonzept erarbeitet. Der Prozess zur

Erstellung des Integrationskonzeptes wurde vom Oberbürgermeister mit hoher Priorität versehen und von akteursübergreifenden Projektgruppen erarbeitet. Der Entwurf des Integrationskonzeptes konnte im Frühjahr 2011 öffentlich vorgestellt werden. Es formuliert Grundsätze zur Integrationspolitik sowie Ziele, Handlungsansätze und Maßnahmen in fünf Handlungsfeldern. In den nächsten Monaten soll es im Stadtrat diskutiert und verabschiedet werden.

Vorangegangen ist eine politische und inhaltliche Debatte um Integrationsstrategien und die Notwendigkeit eines Integrationskonzeptes, die maßgeblich vom 1994 gegründeten Ausländerbeirat (seit 2010 Beirat für Migration und Integration) und später von dem trägerübergreifenden Arbeitskreis Trierer Integrationskonzept (AK TIK) ausging.

Zielsetzungen des Modellvorhabens

Ziel des Modellvorhabens ist es, den Entwurf des gesamtstädtischen kommunalen Integrationskonzeptes auf die Bedarfe und Potenziale des Stadtteils Ehrang/Quint zu beziehen und in der Diskussion mit Bewohnerschaft und Akteuren zu operationalisieren sowie exemplarisch zu testen. Die Erkenntnisse aus dem Projekt fließen kontinuierlich in die Arbeiten am gesamtstädtischen Integrationskonzept mit ein.

Auf der Stadtteilebene zielt das Modellvorhaben darauf, die Stadtteilbevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund für die Gestaltung des Integrationsprozesses vor Ort zu mobilisieren und aktiv zu beteiligen. Die Zusammenarbeit von städtischen Gremien und Stadtteilakteuren soll intensiviert werden.



Ehrang/Quint Bahnhof (Foto: Beirat für Migration und Integration)



Ehrang/Quinter Straße (Foto: Beirat für Migration und Integration)

Für die gesamtstädtische Ebene sollen über die stadtteilbezogene Integrationsstrategie die Wirkungen, Defizite und Potenziale des gesamtstädtischen Konzeptentwurfes erfasst und die Praktikabilität des Gesamtkonzeptes überprüft werden. Der Lenkungsausschuss zum gesamtstädtischen Integrationskonzept und die Verwaltung erhalten Informationen und Daten über die Ergebnisse des Projektes.

Die Parallelität der Prozesse im Stadtteil und der Gesamtstadt war maßgeblich für die Aufnahme des Projektes in das ExWoSt-Forschungsfeld Integration und Stadtteilpolitik ausschlaggebend.

Steuerungsstrukturen

Der Beirat für Migration und Integration ist Träger des ExWoSt-Modellvorhabens. Ein Projektteam übernimmt die Prozessgestaltung, sensibilisiert und mobilisiert die Akteure und Bewohner vor Ort. Geleitet wird das Projekt durch die Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration.

Der Transfer auf die gesamtstädtische Ebene erfolgt über den Lenkungsausschuss für das gesamtstädtische Integrationskonzept, bestehend aus Verwaltung, Vertretern der politischen Fraktionen, Vertretern des Beirates, der Universität Trier und freien Trägern. Vorsitzender ist der Oberbürgermeister. Das Gremium wird regelmäßig über Verlauf und Ergebnisse des Modellvorhabens informiert. Die Gruppe der Projektbeteiligten auf Ebene des Stadtteils umfasst Träger von Integrationsmaßnahmen, Vereine, Verwaltung, Politik, Polizei und Schulen. Der Ortsvorsteher nimmt aktiv an dem Prozess teil und verbindet ihn mit dem politischen Entscheidungsgremium auf

Stadtteilebene (Ortsbeirat). Das Stadtplanungsamt ist vertreten, ebenso wie die Quartiersmanagerin, die für den Kern von Ehrang das Programm Soziale Stadt umsetzt.

Umsetzungsstand und Ergebnisse Bestandsaufnahme

Da nur eine begrenzte Datengrundlage zum Thema Integration auf Stadtteilebene vorlag, wurde eine umfassende Bestandsaufnahme durchgeführt. Das Projektteam befragte schriftlich die örtlichen Vereine und Institutionen und führte in Zusammenhang mit dem EU-Programm Comenius Regio eine Befragung von Schülerinnen und Schülern im Stadtteil durch. Die Befragungen ergaben, dass Akteure und Bewohner ein uneinheitliches Bild von Migration und Integrationsbedarfen im Stadtteil haben. Auch die städtischen Ämter wurden um Angaben zu ihren Aktivitäten gebeten. Die Daten wurden gebündelt und werden derzeit vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. gemeinsam mit dem ExWoSt-Projektteam ausgewertet.

Aus der Bestandsaufnahme konnten Ideen für Maßnahmen in Ehrang/Quint ermittelt werden. Dazu gehören u.a. städtebauliche Maßnahmen wie die Errichtung eines Spielplatzes auf dem Schulhof der Grundschule Trier-Ehrang/Quint (gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt) und eines Stadtteilcafés, die Schaffung von Anlässen für Begegnung z.B. die Beteiligung von Migrantenvereinen am „Ehranger Markt“ und die Erstellung eines Kalenders der Religionen.

Ziel- und Konzeptentwicklung

Das Modellvorhaben Trier setzt die Konzeptentwicklung als Reflexion des

Entwurfes des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes um. Sie fußt auf der Diskussion der Stadtteilakteure aus Ortschaftspolitik, Verwaltung, Beirat für Migration und Integration, Vereinen und Trägerlandschaft. Parallel wurde der Entwurf des Integrationskonzeptes mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils mit Migrationshintergrund diskutiert. Auf beiden Ebenen ist dies eine neue Form der Beteiligung. Die Resonanz wird von den Projektverantwortlichen positiv bewertet.

Ergebnis des Reflektionsprozesses ist eine Bewertung des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes durch den Stadtteil. Die Akteure formulieren einen stadtteilspezifischen Handlungsansatz in den Themen Bildung, Schule, Sprache sowie bei der Stärkung der vorhandenen Vernetzungsstrukturen im Stadtteil. Menschen mit Migrationshintergrund sollen Möglichkeiten erhalten und nutzen können, um sich in diesen Strukturen zu engagieren (Vereine, Feste, Ortschaftspolitik). Die Migrant/-innen formulieren einen Bedarf an zusätzlichen Sprachkursen. Auch die Öffnung von Vereinen, die in Ehrang/Quint eine hohe Bedeutung für die soziale Integration haben, wird gewünscht. Weitere Themen sind die Unterstützung im Umgang mit Behörden, der Wunsch nach Begegnung und gemeinsamen Festen sowie ehrenamtliches Engagement. Widerspruch zum gesamtstädtischen Konzept besteht im Hinblick auf die Schaffung zusätzlicher Strukturen. Die Stadtteilakteure schlagen vor, die bestehenden Strukturen in den Stadtteilen zu stärken anstatt ein neues zusätzliches gesamtstädtisches Integrationsbüro einzurichten.



Trier Hafen (Foto: Beirat für Migration und Integration)

Die aus dem Reflektionsprozess und der Bestandsaufnahme gewonnenen Erkenntnisse werden vom ExWoSt-Projektteam gebündelt und über den Lenkungsausschuss in die Entwicklung des gesamtstädtischen Integrationskonzepts eingespeist. Auf der Stadtteilebene werden erste Handlungsansätze und Aktionen durch die Akteure eigenständig umgesetzt. Beide Ebenen werden durch das ExWoSt-Projektteam und den Beirat für Migration und Integration miteinander verbunden.

Umsetzung

Die Umsetzung der Ergebnisse des Beteiligungs- und Reflexionsprozesses in Ehrang/Quint findet auf zwei Ebenen statt. Zum einen wird die Verwaltung über den Lenkungsausschuss über die Bewertung des Entwurfes des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes informiert. Wie die Ergebnisse des Prozesses einschließlich der Bestandsaufnahme auf gesamtstädtischer Ebene bewertet und zur Kenntnis genommen ggf. Anpassungen der gesamtstädtischen Strategie vorgenommen werden, ist noch offen. Die Stadt Trier erwägt eine Übertragung des Verfahrens auf andere Stadtteile.

Zum anderen werden konkrete Umsetzungsschritte im Stadtteil angegangen. Aus dem Gremium der Projektbeteiligten entstand die Arbeitsgruppe „Integrationsprojekte in Trier-Ehrang“. Auf Basis der Erkenntnisse des Prozesses und mit dem Ziel, die soziale Teilhabe von Migranten im Stadtteil zu verbessern, entwickelte sie bisher drei Maßnahmen, die im Rahmen des ExWoSt-Modellvorhaben umgesetzt werden sollen:

- Schnuppermitgliedschaft für Kinder und Jugendliche in Vereinen: vergünstigte Mitgliedsbeiträge für Kinder aus

einkommensschwachen Familien

- Bildungsreihe ‚Eine Reise um die Welt‘: Aktivitäten für Kinder zum Thema kulturelle Vielfalt in Zusammenarbeit von örtlichem Jugendtreff und Naturfreundehaus
- Straßenfest in der Merowingerstraße zum Kennenlernen in einer Siedlung mit vielen Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund

Bindeglied zwischen den Ebenen ist das ExWoSt-Projektteam bzw. der Beirat für Migration und Integration. Er bündelt die Ergebnisse und übernimmt den Transfer. Die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes erfolgt nach dessen Beschluss im Jahr 2011.

Nächste Schritte

- Die Auswertung der Bestandsaufnahme wird abgeschlossen und die Ergebnisse präsentiert.
- Gemeinsam mit den Teilnehmern des Aktionsteams sowie den weiteren Projektbeteiligten wird die Umsetzung der Maßnahmen begonnen.
- Die Beteiligung der Bevölkerung wird fortgesetzt im Rahmen weiterer Wohnerversammlungen.
- Der Lenkungsausschuss nimmt die Ergebnisse des Prozesses zur Kenntnis. Das gesamtstädtische Integrationskonzept wird vom Rat der Stadt Trier verabschiedet.

Kontakt

Projekträger:

Beirat für Migration und Integration der Stadt Trier

Rathaus

Am Augustinerhof

54290 Trier

Ansprechpartnerin:

Frau Dr. Maria de Jesus Duran Kremer

Telefon: 0651 – 718 4450

Fax: 0651 – 718 4451

E-Mail: abrtrier@trier.de

Zwischen- ergebnisse

Modellvorhaben	Steuerung des ExWoSt-Prozesses	Gesamtstädtisches Integrationskonzept	Stadtteilbezogener Anker	Thematischer Schwerpunkt der Integrationsstrategie
Hamburg-Nord Bezirk in einem Stadtstaat	Fachamt Sozialraummanagement in Kooperation mit freiem Träger	Nicht vorhanden - entsteht zeitgleich mit dem ExWoSt-Prozess auf Bezirksebene	Projekt Globus, interkulturelle Stadtteilarbeit in Dulsberg	Partizipation - diese erfolgt ergebnisoffen.
Jena Ostdeutschland Großstadt	Integrationsbeauftragte der Stadt Jena gemeinsam mit dem Migrationsdienst der AWO unterstützt durch ORBIT e.V. und Kindersprachbrücke e.V.	Integrationskonzept für die Stadt Jena, Stand Mai 2008	Programm Soziale Stadt Lobeda mit Komme e.V. als Träger des Stadtteilmanagements	Interkulturelle Öffnung, Bildung
Mülheim an der Ruhr Ruhrgebiet Großstadt	Koordinierungsstelle Integration unterstützt durch das externe „Büro für Sozialwissenschaften“ mit dezernatsübergreifendem Steuerungsgremium	Gutachten „Sozialräumliche Integration in Mülheim an der Ruhr“, Stand Februar 2008 mit Fokus auf Eppinghofen, Styrum und die Gesamtstadt	Stadtteilbüro Eppinghofen (entstanden über das Programm Soziale Stadt), Bildungspartnerschaften Eppinghofen und Styrum, Feldmannstiftung in Styrum	keine Schwerpunktsetzung
Nürnberg Großstadt	Steuerungsgruppe aus Inter-Kultur-Büro, Abteilungsleitung für die Kulturläden, den Leitungen der Einrichtungen in den Stadtteilen sowie der extern beauftragten Koordinierung unter Einbindung der Regiestelle Sozialraumentwicklung sowie dem Amt für Wohnen und Stadtentwicklung	Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg, Stand 2004, mit zahlreichen thematischen Ergänzungen	Stadtteilkultureinrichtungen in Langwasser und Muggenhof	Beteiligung an Maßnahmen der Stadtteilentwicklung
Quakenbrück Kreisangehörige Kleinstadt	Fachbereichsleiter „Bürgerservice und Soziales“ mit je einem Vertreter einer interfraktionellen Arbeitsgruppe und der AG Bildung (Bildungsträger aus der Neustadt)	Vorschlag für ein Handlungskonzept Integration mit Stand 2009. Soll nach stadtteilbezogener Erprobung durch gesamtstädtische Leitlinien zur Integration ergänzt werden	Quartiersmanagement Soziale Stadt sowie AG Bildung	Bildung
Trier Großstadt Stadtteile mit dörflichem Charakter	Vorsitzende des Beirats für Migration und Integration	Integrationskonzept für die Stadt Trier, Entwurf, Stand 2010	Ortsvorsteher	keine Schwerpunktsetzung

Überblick über die ExWoSt-Standorte - Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Zwischen- ergebnisse

I) Stadtteilbezogene Integrationsstrategien als Instrument für eine gelingende Integration vor Ort – wie sich die Modellvorhaben auf den Weg machen

Seit Beginn des Jahres 2010 begleitet die Forschungsassistenz die sechs Modellvorhaben im Forschungsfeld Integration und Stadtteilpolitik auf dem Weg, stadtteilbezogene Integrationsstrategien zu entwickeln und zu erproben. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass stadtteilbezogene Integrationsstrategien gesamtstädtische Integrationskonzepte wirkungsvoll ergänzen. Zweite Annahme ist, dass die Integrationsstrategien auf Stadtebene nur dann Wirksamkeit entfalten, wenn sie die Bedürfnisse der Zielgruppen sowie die jeweiligen räumlichen Voraussetzungen beachten und die Akteure vor Ort einbeziehen.

Daraus ergeben sich drei Analyseebenen:

- Die Verzahnung gesamtstädtischer Integrationsstrategien und stadtteilbezogener Konzepte und die dauerhafte Etablierung eines wechselseitigen Austausches.
- Die Organisation ressort- und akteursübergreifender Zusammenarbeit im Hinblick auf Integration sowohl auf der kommunalen Ebene wie auch im Stadtteil.
- Modelle zur Partizipation von Migrantinnen und Migranten an der Stadtteilentwicklung, die auf die Anforderungen unterschiedlicher Migrantengruppen Bezug nehmen.

Im Folgenden werden die bisherigen Ergebnisse aus den Modellvorhaben mit Bezug auf ausgewählte Forschungsfragen dargestellt. Betrachtet werden das Vorgehen der Modellvorhaben sowie der derzeitige Stand der stadtteilbezogenen Integrationsstrategien.

I) Stadtteilbezogene Integrationsstrategien als Instrument für eine gelingende Integration vor Ort – wie sich die Modellvorhaben auf den Weg machen

In den sechs Modellvorhaben bestehen ganz unterschiedliche Rahmenbedingungen, in die sich die Entwicklung der stadtteilbezogenen Strategien und Konzepte einbettet. Einen Überblick über die ExWoSt-Standorte, Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt die Tabelle auf Seite 26.

Auf diesen Ausgangsbedingungen fußt die Arbeit in den Modellvorhaben. Sie gehen die Entwicklung stadtteilbezogener Integrationsstrategien auf unterschiedliche Weise an:

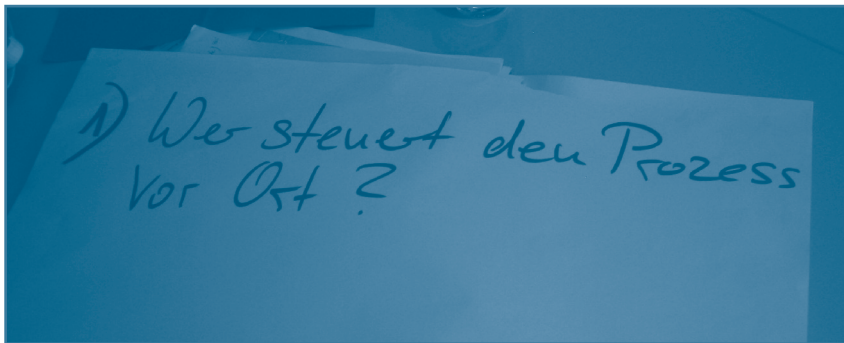
- In den Modellvorhaben Nürnberg und Hamburg-Nord liegt der Schwerpunkt auf der politischen Teilhabe und Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten an der Stadtteilentwicklung bzw. an darüber hinausgehenden Konzepten. Dabei setzt das Vorhaben in Nürnberg an der Mitwirkung von Migranten an konkreten Maßnahmen an, wohingegen in Hamburg-Nord mit der Einbindung in die Leitbildentwicklung ein strategischer Schwerpunkt in der Partizipation gesetzt wird.
- In Jena, Mülheim an der Ruhr und Trier bildet jeweils ein gesamtstädtisches Integrationskonzept die Ausgangslage für die spezifischen Ansätze: Jena setzt als Stadt in den östlichen Bundesländern einen Schwerpunkt auf die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Regeleinrichtungen. Gemeinsam mit verschiedenen Akteuren wird ein stadtteilbezogener Aktionsplan zur Integration entwickelt, umgesetzt und dauerhaft

verankert. Der Fokus in Trier liegt dagegen auf einer Überprüfung der gesamtstädtischen Ziele und Maßnahmen auf ihre Bedeutung für den Stadtteil. Einzelmaßnahmen werden beispielhaft erprobt. Mülheim an der Ruhr verfolgt das Ziel einer sozialräumlich ausgerichteten Integrationspolitik. Dies wird durch thematische ressortübergreifende Kooperationen sowie projektbezogene Formen der lokalen Zusammenarbeit angestrebt. Die Stadt kann dabei auf bestehende und bewährte verwaltungsinterne und stadtteilbezogene Strukturen aufbauen.

- In Quakenbrück wird kommunales Integrationsmanagement in zweifacher Weise erprobt: Zum einen entsteht ein Konzept zur Schaffung von Arbeitsstrukturen, zum anderen wird ein lokaler Aktionsplan für das Thema Bildung auf Stadtebene erarbeitet und erprobt. Die aus der Umsetzung gewonnenen Erkenntnisse werden dazu genutzt, kommunale Strukturen zu gestalten. Die kreisangehörige Kleinstadt hat sich das Thema Integration neu auf die Fahnen geschrieben und kann insofern noch nicht auf bestehende Strukturen zurückgreifen.

Ressortübergreifende Kooperation als Strategie

Alle sechs Modellvorhaben haben ressort- und akteursübergreifende Arbeitsformen in der kommunalen Verwaltung wie auch auf Stadtebene entwickelt. Ziel der ressortübergreifenden Zusammenarbeit ist es, das Handeln von Verwaltung und lokalen Akteuren in den verschiedenen Politikfeldern in Abstimmung mit den stadtteilspezifischen Bedarfen zu bringen. Im Ergebnis verbinden die stadtteilbezogenen



Erste Werkstatt der ExWoSt Modellvorhaben in Mülheim an der Ruhr
(Foto: StadtRaumKonzept)

Integrationsstrategien verschiedene Handlungsfelder und Akteure. Auch bei thematischen Schwerpunktsetzungen z.B. auf das Thema Bildung sind vielfältige Akteure betroffen, da Aspekte wie Mobilität (zu Bildungsangeboten) oder politische Partizipation (zur Förderung von Akzeptanz und Mitbestimmung) berührt werden.

Drei Ebenen ressortübergreifender Kooperation lassen sich unterscheiden:

1) Steuerung

In Mülheim an der Ruhr wurde im Zuge des ExWoSt-Prozesses eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe auf Dezentralebene und mit Vertretern aus den Bereichen Stadtentwicklung und Kultur eingesetzt, die sich als bleibendes ressortübergreifendes Gremium zur Gestaltung einer sozialen Stadt(teil)politik begreift. Die Gründung der Steuerungsgruppe ist letztlich Ausdruck des Bestrebens der Beteiligten nach einer sozialen Stadt(teil)politik, in dem Integration ein Handlungsfeld ist.

In Nürnberg existiert zur Begleitung des ExWoSt-Projektes ebenfalls eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe (s. Übersicht Rahmenbedingungen).

In Quakenbrück ist geplant, dem Familienservicebüro eine Entscheiderstruktur zuzuordnen: Ein thematisch breit besetztes Integrationsgremium soll ab 2012 Integrationspolitik in Quakenbrück ressort- und akteursübergreifend gestalten. In Trier wurde zur Erstellung des Integrationskonzeptes auf gesamtstädtischer Ebene eine Lenkungsgruppe aus Politik und Verwaltung gegründet. Die Ergebnisse der stadtteilbezogenen Erprobung des Integrationskonzeptes werden in diese Lenkungsgruppe rückgekoppelt,

die sie wiederum in die Fachressorts kommunizieren soll.

Allen Steuerungsgremien ist gleich, dass sie eine meist institutionelle Verankerung im Stadtteil haben und somit über die Anforderungen der Stadtteile informiert sind. In Mülheim an der Ruhr und in Quakenbrück geschieht dies u.a. über die Stadtteilbüros der Sozialen Stadt, in Nürnberg über die Stadtteilkultureinrichtungen und in Trier über die politischen Kontakte der Vorsitzenden des Beirats für Migration und Integration zum Ortsvorsteher von Ehrang/Quint.

2) Umsetzung in der Verwaltung

Die verwaltungsinternen Strukturen zur ressortübergreifenden Abstimmung unterscheiden sich zwischen den Modellvorhaben vor allem nach dem Grad der Verbindlichkeit. Während es in Mülheim an der Ruhr zum Arbeitsprinzip in Teilen der Verwaltung gehört, projektbezogene Kooperationen zwischen verschiedenen Ämtern und Ressorts einzugehen, z.B. in Form ressortübergreifender Arbeitskreise, entstehen in Jena bilaterale Kontakte zwischen Integrationsbeauftragter und einzelnen Fachämtern. Diese werden gezielt zur Umsetzung einzelner Maßnahmen des Aktionsplans für Lobeda genutzt. Die Dienstberatungen des Oberbürgermeisters und des Sozialdezernenten unterstützen die Einbindung der Fachbereiche. In Quakenbrück ist aufgrund der kleinstädtischen Verwaltungsstruktur bereits eine größere Nähe der Fachbereiche gegeben, z.T. gebündelt bei einzelnen Mitarbeitern. In Trier wurde das Planungsamt in die Bestandsaufnahme und den Bewertungsprozess zum Integrationskonzept einbezogen und soll ebenso für die Umsetzung herangezogen werden, sofern Bedarf besteht.



Rathaus Quakenbrück (Foto: Stadt Quakenbrück)

3) Erstellung und Umsetzung der Integrationsstrategien auf Stadtteilebene

Für den ExWoSt-Zeitraum haben alle Modellvorhaben ressort- bzw. ebenenübergreifende Teams gebildet, die die Erstellung und Umsetzung der lokalen Integrationsstrategien maßgeblich begleiten. Auch hier ist zu unterscheiden nach temporären Strukturen und nach Strukturen, die auf dauerhaften Einrichtungen basieren. Zu letzterer gehören die Modellvorhaben Mülheim an der Ruhr und Trier: Der zuständige Mitarbeiter der Koordinierungsstelle Integration kooperiert mit dem Stadtteilbüro Eppinghofen sowie mit den Bildungspartnerschaften in Eppinghofen und Styrum, die gleichermaßen Teil der Koordinierungsstelle sind. Diese Zusammenarbeit ist strukturell angelegt. Auch die Struktur in Trier (Beirat für Migration und Integration und Ortsvorsteher) bestand bereits vor Beginn des ExWoSt-Modellvorhabens. Temporär sind hier jedoch für die Umsetzung weitere Partner eingebunden (ein Verein sowie die Quartiersmanagerin Soziale Stadt). Die Zusammensetzung der Teams in den anderen Modellvorhaben

ist auf den ExWoSt-Zeitraum begrenzt. Wesentlich ist, dass verschiedene Träger eingebunden sind, die sowohl unterschiedliche Fachkompetenzen als auch verschiedene Zielgruppen abdecken. In Quakenbrück sind dies das Familienservicebüro, das Quartiersmanagement Soziale Stadt und die AG Bildung mit örtlichen Bildungsträgern und sozialen Trägern. In Hamburg-Nord bringt der freie Träger basis&wege insbesondere seine fachliche Beteiligungskompetenz ein. Darüber hinaus erlaubt die Zusammensetzung des Teams aus unterschiedlichen Bereichen (Bezirksverwaltung und Stadtteilsicht) vorab eine Reflexion und Klärung der unterschiedlichen Positionen und Zielsetzungen, so dass hier die Chance für eine höhere Verbindlichkeit des Ergebnisses auf der Stadtebene besteht. Gleichzeitig bedeutet diese Zusammensetzung aber auch einen höheren Abstimmungsaufwand.

Einbindung von vor Ort tätigen Organisationen und Einrichtungen

In allen Modellvorhaben werden vor Ort tätige Organisationen und Einrichtungen mit unterschiedlicher Verbindlichkeit in die Erstellung und Umsetzung der Konzepte und Projekte eingebunden. Dabei hat sich gezeigt, dass Gremien und Netzwerkstrukturen auf Stadtebene einen guten Ausgangspunkt bilden, um eine stadteilspezifische Integrationsstrategie zu entwickeln und das Thema nachhaltig vor Ort zu implementieren. Je nach Funktion und Geschichte der Gremien und Netzwerke kann es jedoch auch förderlich sein, neue Strukturen zu schaffen, die unvorbelastet sind. Die Entscheidung für bestehende oder neue Strukturen ist vor Ort zu treffen und sollte neben Ressourcenfragen auch berücksichtigen, in welcher Funk-

tion die Akteure das jeweilige Gremium wahrnehmen.

1) Akteursbeteiligung in der Entwicklungsphase

In der Entwicklungsphase der stadtteilbezogenen Integrationsstrategien wurden die lokalen Akteure sowohl in der Breite als auch in engeren Steuerungsgremien beteiligt. In Quakenbrück, Nürnberg und Hamburg-Nord sind mit dem Quartiersmanagement, den Stadtteilkulturläden und dem Projekt Globus stadtteilbezogene Akteure Teil der ExWoSt-Teams und somit sehr stark steuernd tätig. In Mülheim und Jena sind Stadtteilbüro / Bildungspartnerschaften sowie Träger wie die AWO oder die Kindersprachbrücke Teil einer erweiterten bzw. ressortübergreifenden Steuerungs- runde, wodurch ebenfalls ein hoher Grad an Verbindlichkeit gegeben ist. Darüber hinaus haben alle Modell-

vorhaben in unterschiedlicher Form Arbeitsgruppentreffen, Stadtteilkonferenzen oder Multiplikatorenengespräche durchgeführt. Dort wurden die lokalen Akteure nach Zielen und notwendigen Maßnahmen befragt, sodass die daraus entstandenen Konzepte oder Aktionspläne das Ergebnis des lokalen Know-hows sind. In Hamburg-Nord werden einige zentrale Akteure der Quartiersentwicklung bewusst nicht an prominenter Stelle in die Zielentwicklung einbezogen. Es soll verhindert werden, dass durch starke etablierte Träger eine Ausgrenzung anderer Akteure oder Bewohner verfestigt wird.

2) Akteursbeteiligung in der Umsetzungsphase

Für die Umsetzungsphase entstehen andere Formen der verbindlichen Zusammenarbeit. In Jena und Quakenbrück werden derzeit Kooperationsvereinba-



Stadtteilbüro Dulsberg (Foto: ILS)



Gemeinsamer Stadtteilrundgang durch Mülheim Styrum
(Foto: StadtRaumKonzept)

rungen angestrebt, die die Zusammenarbeit in der Maßnahmengestaltung verbindlich regeln sollen. In Trier wurden für die von lokalen Akteuren eingebrachten Projektvorschläge Vereinbarungen zur Umsetzung getroffen. In Mülheim an der Ruhr setzt der Prozess auf etablierte Arbeits- und Kooperationsstrukturen. Die städtische Koordinierungsstelle stößt lediglich dort, wo Themen mehr Nachdruck benötigen, neue Arbeitskreise an. Die Arbeitskreise werden dann in Zuständigkeit der Akteure fortgeführt. In Nürnberg sollen bestehende Einrichtungen und Strukturen in den Stadtteilen für die Belange von Migrantinnen und Migranten verbindlich geöffnet werden (Bürgervereine, Stadtteilforum).



Mathefest der Brehmschule in Jena-Lobeda“ (Foto: Komme e.V. Stadtteilbüro Lobeda)

Eine der Stadtebene angemessene Form der Ansprache und Beteiligung von Akteuren setzt voraus, dass es möglichst etablierte Kontakte und Akzeptanz gibt. Gerade verwaltungsexterne Akteure können als Brückenbauer dienen: um festgefahrene Positionierungen aufzubrechen, um Rollen- und Loyalitätskonflikte zu vermeiden und – aufgrund

ihrer ggf. größeren Bürgernähe und Methodenkompetenz – Akzeptanz in der Bewohnerbeteiligung zu fördern.

Einbindung der Stadtteilbevölkerung
Beteiligungskonzepte sind in nahezu allen Modellvorhaben präsent – mit unterschiedlichem Stellenwert und unterschiedlicher Funktion: Während in einigen Kommunen wie in Hamburg-Nord die Basisbeteiligung als zentraler Ankerpunkt zur Strategiewerksrichtung gesehen wird, wird in anderen Städten, in denen bereits kooperativ erarbeitete gesamtstädtische Integrationskonzepte vorhanden sind, eine eher themen- oder anlassbezogene Partizipation in den Quartieren angestrebt. Die Beteiligung erfolgt in einigen Modellkommunen unmittelbar (Aktivierung von einzelnen Personen), in den meisten erfolgt sie jedoch mittelbar über Vertreter lokaler Institutionen und Träger. Die Beteiligungsstrategien richten sich vor allem und teilweise ausschließlich an Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner mit Migrationshintergrund. Dies erklärt sich durch den hohen Anteil von Migranten in den Stadtteilen sowie durch die Zielsetzung, gerade artikulierungsschwächere Milieus an der Entwicklung und Umsetzung von Integrationsstrategien zu beteiligen.

In den Modellvorhaben lassen sich zwei strategische Ziele der Partizipation von Bewohnerinnen und Bewohnern mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden:

1) Beteiligung zur Informationsgewinnung

Die Beteiligung erfolgt in einigen Modellvorhaben mit dem Ziel, spezifische Lebenslagen und Bedarfe der Bevölke-

rung mit Migrationshintergrund genauer identifizieren zu können und diese in die Strategieentwicklung einzubeziehen. Eine aufbereitete Datenlage wird genutzt, um bei geringem politischem Rückhalt die Relevanz integrationspolitischer Anstrengungen zu verdeutlichen. So wurden in Trier-Ehrang/Quint u.a. die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen über eine Umfrage ergründet. In Quakenbrück konnten die Bildungsherausforderungen von Migranten genauer analysiert werden. In Jena wurde ein externes Büro mit der quantitativen Erfassung der Lebenssituation von Migranten beauftragt. Die Befragung liefert eine wichtige Argumentationshilfe für Handlungsprioritäten im Bereich des Arbeitsmarktes. In Nürnberg wurde eine Befragung von Migrantinnen und Migranten in Kombination mit den Wahlen zum Integrationsrat dafür genutzt, die Informationsbasis zu verbreitern. Diese Formen der Beteiligung richten sich explizit an die Stadtteilbevölkerung mit Migrationshintergrund.

2) Beteiligung als „Empowermentstrategie“ und zur Prozessqualifizierung

Die Teilhabe von artikulierungsschwächere Milieus an Entscheidungsprozessen ist Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Integration. In einigen ExWoSt-Modellvorhaben wird Beteiligung von Stadtteilbevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in diesem Sinne erprobt und umgesetzt. Dabei stehen wiederum Migrantinnen und Migranten im Mittelpunkt der Bemühungen. So wird in Hamburg-Nord die Beteiligung ausdrücklich als Mittel zur Stärkung der politischen Partizipation von Migranten gewählt. Hier werden nicht nur die bekannten (und vielfach zeitlich überlasteten) Vertreter von Migrantengorga-



Ausstellung zu Prominenten mit Migrationshintergrund in Hamburg (Foto: ILS)

nisationen, sondern auch Netzwerker und Interessierte, die bislang noch nicht präsent waren, einbezogen. In Nürnberg wird demgegenüber stärker auf die Qualifizierung von Migrantenorganisationen für die Beteiligung an Stadtteilentwicklungsprozessen gesetzt.

Migranten werden in einigen Modellvorhaben beteiligt, um die Entscheidungsstrukturen durch neue Sichtweisen zu qualifizieren. Hierbei kann unterschieden werden zwischen der Einbindung von Vereinen und Organisationen sowie der Beteiligung von Einzelpersonen. So werden in Nürnberg-Langwasser Migranten zunehmend in Arbeitsgruppen des Stadtteilforums eingebunden.

Je nach Zielsetzung unterscheiden sich die eingesetzten Methoden der Beteiligung. Da viele Zielgruppen in den Modellvorhaben von klassischen

Beteiligungsverfahren nicht erreicht werden, wurden z.T. modifizierte Methoden erprobt, die Menschen unterschiedlicher sozialer Lagen und kultureller Herkunft an der Strategieentwicklung beteiligen. Von hoher Bedeutung für die Zielgenauigkeit der eingesetzten Methoden sind die interkulturelle Kompetenz und auch der Migrationshintergrund der Schlüsselpersonen.

Eine niedrigschwellige Vorgehensweise wurde im Modellvorhaben Hamburg-Nord entwickelt. Hier wird – angelehnt an die Methode des World-Cafés – in den neu geschaffenen Runden Tischen eine offene Diskussionsatmosphäre ermöglicht. Die Moderatoren der kleinen Arbeitsgruppen helfen beim „Übersetzen“ der konkreten Anliegen der Teilnehmer in die Strategieentwicklung. Es zeigt sich, dass auch Personen in weniger gesicherten Lebenssituationen an stra-

tegischen Fragestellungen interessiert sind und in entsprechenden Prozessen mitarbeiten können. Zudem stellt es sich als bedeutsam heraus, die für das Integrationskonzept entwickelten abstrakten Ziele exemplarisch in Form von lokalen Projekten kurzfristig umzusetzen. In der Stadt Trier werden in diesem Sinne Beispielprojekte durchgeführt, in Hamburg können erste Ideen mit Hilfe eines Verfügungsfonds umgesetzt werden. Von besonderer Bedeutung ist die Anerkennung und Wertschätzung der Engagierten. Ein Ergebnis der Bestandsaufnahme in Quakenbrück ist, dass der vormals defizitorientierte Blick die Kooperationsbereitschaft der Zielgruppe der griechischen Muslime deutlich gemindert hat. In Nürnberg-Muggenhof sollen über ein Theaterprojekt das Leben im Stadtteil thematisiert und Migranten als aktive Teilnehmer gewonnen werden.

Zwischen- ergebnisse

II) Stadtteilbezogene Integrationsstrategien als Instrument für eine gelingende Integration vor Ort – Stand der Umsetzung

II) Stadtteilbezogene Integrationsstrategien als Instrument für eine gelingende Integration vor Ort – Stand der Umsetzung

Im Rahmen der sechs ExWoSt-Modellvorhaben werden stadtteilbezogenen Integrationsstrategien erprobt oder Lokale Aktionspläne erstellt. Noch sind nicht an allen Standorten Strategien und Pläne fertiggestellt. Es lassen sich jedoch erste Ergebnisse im Hinblick auf Form, Inhalt und Verzahnung darstellen. Dabei zeigen sich Unterschiede je nach Rahmenbedingungen und Zielsetzungen vor Ort. In Hamburg Nord wird der Lokale Aktionsplan Dulsberg aus dem parallel erstellten bezirklichen Integrationsleitbild in Form eines Ziel- und Maßnahmenkatalogs entwickelt. Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils bringen ihre Anregungen persönlich im Rahmen von zahlreichen Veranstaltungen ein. Das bezirkliche Leitbild und der Lokale Aktionsplan sollen durch die gemeinsame Verabschiedung durch die Bezirksversammlung Verbindlichkeit erhalten. Stadtteilakteure sollen sich für die einzelnen Themenfelder des Aktionsplans zuständig erklären.

In Jena erarbeitete die Integrationsbeauftragte gemeinsam mit Akteuren auf Stadtteilebene den Aktionsplan als Integrationskonzept für den Stadtteil Lobeda. Der Aktionsplan liegt im Entwurf vor und enthält Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen sowie eine Präambel. Er operationalisiert und konkretisiert für Verwaltung und Träger das gesamtstädtische Integrationskonzept, das verbindlich beschlossen ist.

In Mülheim an der Ruhr konkretisiert und aktualisiert der Lokale Aktionsplan das Gutachten zur Integration und Stadt-

entwicklung für die Gesamtstadt und die Stadtteile Eppinghofen und Styrum. In Form einer Synopse verbindet er Handlungsempfehlungen des Gutachtens, Umsetzungsstand und aktuelle Handlungsansätze. Der Aktionsplan liegt im Entwurf vor. Er erhält durch eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe auf Dezernentenebene Verbindlichkeit als Arbeitsprogramm für die Verwaltung. Erste Starterprojekte und ressortübergreifende Arbeitskreise sind entstanden. In Nürnberg geht es im Stadtteil Muggenhof darum, das Thema „Integration“ und die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten strategisch in das Konzept und die Umsetzung des dortigen Stadtumbauprogramms zu integrieren. Daneben geht es in beiden Stadtteilen darum, Strukturen der Beteiligung von Migranten an Stadtteilentwicklungsprozessen zu erproben, um sie auf andere Stadtteile in Nürnberg zu übertragen. Dabei ist die Ausrichtung der Arbeit des Integrationsrats und auch einzelner Migrantenorganisationen auf die Erfordernisse der Stadtteile und Sozialräume von zentraler Bedeutung.

In Quakenbrück entstehen derzeit zeitgleich ein gesamtstädtisches Konzept für das kommunale Integrationsmanagement und ein lokaler Aktionsplan für die Neustadt, der Maßnahmen zur Optimierung der Integrationsarbeit und zur Partizipation bildungsferner Familien beinhaltet. Der lokale Aktionsplan wird das Ergebnis von Arbeitsgruppentreffen auf Stadtteilebene sein. Die Fachausschüsse sollen beide Konzepte zur Kenntnis nehmen und ihnen Verbindlichkeit verleihen.

In Trier wird das gesamtstädtische Integrationskonzept im Stadtteil Ehrang/

Quint bewertet und probeweise umgesetzt. Auf der Basis der gesamtstädtisch entwickelten Ziele und Maßnahmen zur Integration haben die Akteure und Bewohner stadtteilspezifische Schwerpunkte und Maßnahmen definiert. Verbindlichkeit erhalten die Ergebnisse dieses Prozesses mit dem Beschluss des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes im Rat der Stadt Trier.

Zielsetzungen der stadtteilbezogenen Integrationsstrategien

Die im Rahmen von ExWoSt entstehenden stadtteilbezogenen Integrationsstrategien bzw. Aktionspläne bewegen sich zwischen einer Integrationsstrategie für den Stadtteil (Hamburg-Nord, Jena, Trier), einem thematischen Fachkonzept zur Integration (Quakenbrück mit dem Thema Bildung) und einer stadtteilbezogenen Handlungsstrategie mit integrationspolitischem Fokus (Mülheim an der Ruhr, perspektivisch Nürnberg). Auch wenn die Übergänge zwischen den drei Strategietypen unscharf sind, lassen sie sich zunächst entsprechend systematisieren.

1) Die stadtteilbezogene Integrationsstrategie stellt das Thema Integration und Migration in den Mittelpunkt.

Die stadtteilbezogenen Strategien werden von den Akteuren der Integrationspolitik verantwortet (Integrationsbeauftragte in Jena, Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration in Trier, Fachkraft für Integration in Hamburg-Nord). Ausgangspunkt ist eine stadtteilspezifische Bestandsaufnahme, in der Lebenslagen und Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund ebenso beleuchtet werden wie Angebote und Akteure, die mit ihnen arbeiten. Im Fall von Hamburg-Nord umfasst



Straßenbild in Mülheim Eppinghofen (Foto: StadtRaumKonzept)

die Bestandsaufnahme umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen von Veranstaltungen, bei denen Bewohnerinnen und Bewohner sowie Vertreter unterschiedlicher Migrantenumilieus ihre Belange und Ideen einbringen können. Die Ziele dieser Integrationsstrategien nehmen die für die Integration relevanten Themen und Handlungsfelder wie Bildung, Arbeit, Wohnen im Stadtteil, Generationen, Kultur, Religion, Sprache, Bürgerschaftliches Engagement und Zusammenleben auf. Sie formulieren für diese Bereiche in unterschiedlicher Form das Ziel einer verbesserten Teilhabe und Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten. Übergeordnete Ziele in diesen Strategien betreffen u.a. die Öffnung von Institutionen und Verwaltung und die (auch politische) Teilhabe von Migranten und Migrantengruppen. Der Stadtteilbezug prägt die Ziele insofern, als dass sich in ihnen die örtlichen Bedingungen und Bedarfe in Bezug auf Integration spiegeln. So hat das Ziel der Öffnung von Vereinen für Migranten in Trier Ehrang/Quint eine hohe Bedeutung, da die Vereine das Zusammenleben im Stadtteil prägen.

2) Die stadtteilbezogene Strategie konzentriert sich auf ein bestimmtes Thema

Einen anderen Typen repräsentiert hingegen das Modellvorhaben in Quakenbrück, wo anhand des Themas Bildung eine stadtteilbezogene Strategie für bildungsbenachteiligte Familien entwickelt wird. Eingebettet in einen gesamtstädtischen Prozess zur Verbesserung der Integrationschancen von Menschen mit Migrationshintergrund (u.a. durch Qualifizierung der Verwaltung), werden für die Neustadt Ziele und Maßnahmen formuliert, die sich auf die

Bildungsbedingungen beziehen und die Partizipationsmöglichkeiten bildungsbenachteiligter Familien im Stadtteil fördern sollen. Handlungsfelder sind das Bildungssystem in der Neustadt, Bildung und Erziehung in der Familie, Erziehung, Bildung und Betreuung in der frühen Kindheit, Schulbildung und Beteiligung. Thematische Ziele entstehen aus einem Abgleich zwischen der Ist-Situation im Stadtteil, bestehenden Planungen und den Entwicklungszielen, die in einem akteursübergreifenden Prozess erarbeitet und mit der Stadtverwaltung abgestimmt werden. Quakenbrück steht als Kleinstadt im ländlichen Raum noch am Anfang einer strategischen Bearbeitung des Themas Integration. Der Bildungsbereich wurde bewusst als „Lernfeld“ für die Entwicklung einer integrierten, sozialräumlichen Handlungsstrategie gewählt.

3) Das Thema Integration ist Teil einer integrierten Stadtteilstrategie

Auf dem Weg zu einem stadtteilbezogenen Handlungsansatz, dem das Thema Integration von Migranten immanent ist, befinden sich die beiden Modellvorhaben in Mülheim an der Ruhr und Nürnberg. Beide Städte verfügen über entwickelte, in die Breite wirkende Verwaltungsstrukturen (Koordinierungsstellen), die Integration als Verwaltungsaufgabe umsetzen. Im Mittelpunkt der im Rahmen von ExWoSt entwickelten Strategien steht die Entwicklung der Stadtteile als Lebens- und Teilhabeort unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. In Mülheim an der Ruhr wird diese Entwicklung mit einem breiten Spektrum an Handlungsfeldern, z.B. Stadtumbau/Stadtentwicklung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarktintegration, betrachtet. Integrationspolitik ist dabei ein wesent-

liches Handlungsfeld. Die Ableitung von Zielen für die Stadtteilebene verschränkt die Themen zu konkreten Handlungsansätzen, u.a. Netzwerkarbeit „Sport im Quartier“, „Altern im Stadtteil“ oder „Schaffung sozialräumlicher Angebote für bildungsbenachteiligte Bevölkerungsgruppen“. Starterprojekte wie der Bau einer Dirt-Bike-Strecke werden schließlich umgesetzt.

Die Messung von Integrationserfolgen wird sich bei den betrachteten Strategietypen zunächst auf die Umsetzung, Inanspruchnahme und die Ergebnisse der geplanten Maßnahmen beziehen. Die Lokalen Aktionspläne werden mittelfristig überprüfbar machen, welche Schritte erfolgt sind, welche Handlungsbedarfe bestehen bleiben und wo die Verantwortlichkeiten liegen.

Verzahnung von stadtteilbezogenen Integrationsstrategien und gesamtstädtischen Integrationskonzepten

Da, wo die stadtteilbezogenen Integrationsstrategien inhaltlich auf den gesamtstädtischen Konzepten aufbauen, ähneln sich Aufbau und Struktur der Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen. Die gesamtstädtischen Konzepte bilden das verbindliche Fundament, auf dem die Akteure die stadtteilbezogenen Bedarfe, Zielvorstellungen und Interessen identifizieren und formulieren. In Mülheim an der Ruhr greift der im Rahmen von ExWoSt entstehende Aktionsplan die Ziele des gesamtstädtischen Gutachtens von 2008 auf und setzt sie für die beiden Stadtteile Styrum und Eppinghofen z.B. in dem konkreten Handlungsfeld „Umnutzung von Freiflächen zu urbanen Bewegungsräumen“ mit Maßnahmen um. Das Konzept FITKomm in Quakenbrück formuliert das gesamtstädtische

Ziel, dass im Stadtteil Neustadt die Integrationsarbeit optimiert werden soll. Dies wird im lokalen Aktionsplan für die Neustadt u.a. mit Maßnahmen in den Handlungsfeldern Bildungssystem und Stärkung der Elternkompetenz umgesetzt.

Die Verzahnung von Zielen und Strategien wurde von den ExWoSt-Modellvorhaben jedoch nicht nur als einseitiger Transfer von der gesamtstädtischen Ebene auf den Stadtteil umgesetzt. Die Ergebnisse der Zieldiskussion mit Stadtteilakteuren, Verwaltung und Bewohnern werden über entscheidungskompetente Steuerungsstrukturen z.B. unter Beteiligung der Dezernenten oder unter Federführung des Oberbürgermeisters immer wieder auch auf die gesamtstädtische Ebene transportiert. In mehreren Modellvorhaben werden die gesamtstädtischen Integrationsstrategien derzeit ergänzt oder verabschiedet. Hier können die stadtteilbezogenen Konzepte im Sinne eines „Feedbacks“ auch inhaltliche Anpassungen bewirken. Im Modellvorhaben Trier Ehrang/Quint wird der Entwurf des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes mit Stadtteilakteuren und Bewohnerschaft erörtert und in einzelnen Maßnahmen „getestet“. Der Lenkungsausschuss zum gesamtstädtischen Integrationskonzept unter Leitung des Oberbürgermeisters beobachtete den Prozess und will die Ergebnisse in die gesamtstädtische Strategie einbeziehen.

In Hamburg-Nord bot sich eine besondere Chance der Verzahnung von gesamtstädtischem Konzept und stadtteilbezogener Strategie: Die Erstellung des Integrationsleitbilds für den Bezirk wird mit einer Beteiligungsstrategie für den

Stadtteil Dulsberg verbunden. Dadurch wird zum einen vorab das bezirkliche Leitbild auf seine Stadtteil-Relevanz überprüft, zum anderen können die beteiligten Akteure zeitnah auf die im Beteiligungsprozess genannten Bedürfnisse des Stadtteils reagieren.

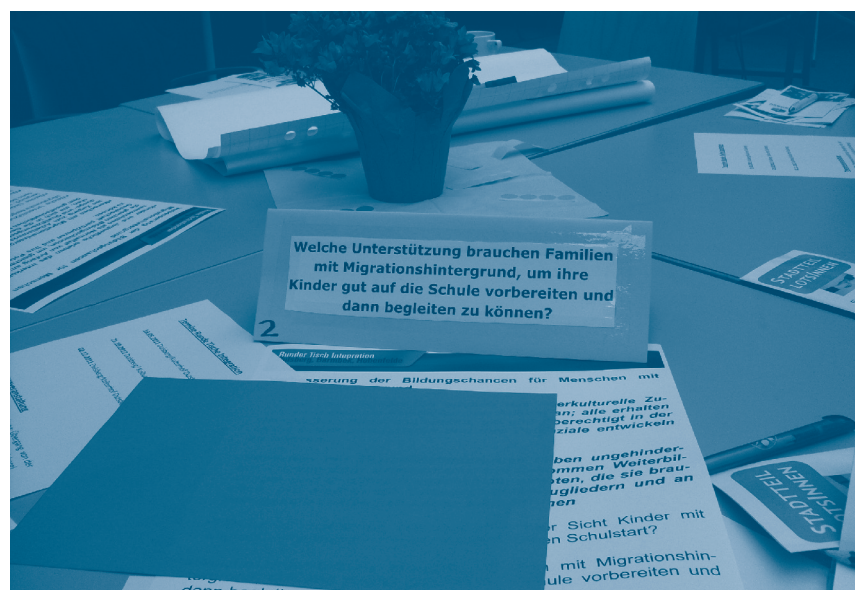
In jedem Fall sind gesamtstädtische Integrationskonzepte durch ExWoSt einer zusätzlichen Reflektion durch Akteure und Bewohner ausgesetzt, die sich direkt von Maßnahmen betroffen oder auch unberücksichtigt sehen. Im Herunterbrechen auf den konkreten Sozialraum werden gesamtstädtische Konzepte konkretisiert und priorisiert, da mitunter nur Teilmaßnahmen relevant sind oder Maßnahmen bereits umgesetzt werden.

Der Beitrag von Förderprogrammen für die Integration vor Ort und ressortübergreifendes Handeln

In den sechs ExWoSt-Modellvorhaben leisten insbesondere die Städte-

bauförderungsprogramme Soziale Stadt, Stadtumbau West bzw. Ost und die Programme STÄRKEN vor Ort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Lernen vor Ort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung einen Beitrag. Von Bedeutung sind darüber hinaus Förderungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie Sonder- und Regelförderungen von Land und Kommune bzw. Bezirk.

Der Beitrag beinhaltet vor allem die personellen und strukturellen Ressourcen, mit denen diese Programme vor Ort ausgestattet werden. In der Entwicklung und Umsetzung der stadtteilbezogenen Integrationsstrategien sind die so geförderten Akteure der Stadtteilentwicklung entscheidende Partner. Ein Beispiel für die Existenz relevanter Stadtteilstrukturen durch gezielte Stadtteilerweiterung ist z.B. Globus in Hamburg-Dulsberg. Die langjährige Beteiligungsarbeit für



Arbeitsgruppe beim Runden Tisch zum Thema Bildung (Foto: ILS)

Zwischen- ergebnisse

III) Ausblick

Migrantinnen und Migranten im Stadtteil war eine wichtige Grundlage, auf die bei der Erstellung des bezirklichen Leitbildes zur Integration und des lokalen Aktionsplans aufgebaut werden konnte.

Darüber hinaus sind in Gremien wie dem Lenkungsausschuss „Stärken vor Ort“ bereits viele Akteure vertreten. Ressortübergreifendes Handeln ist somit durch die Programmstrukturen erprobt und implementiert. Das Programm Soziale Stadt in Jena Lobeda unterstützt beispielsweise die Verankerung des Aktionsplans im Stadtteil, indem bestehende Netzwerke genutzt und Kenntnisse über Bedarfe aufgegriffen werden. Gleichzeitig ermöglichen es Förderprogramme wie z.B. STÄRKEN vor Ort oder Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ), die geplanten Maßnahmen zur Integration im Stadtteil umzusetzen.

Auch in Mülheim an der Ruhr führen die kommunale Stadtentwicklung, das Quartiersmanagement, die Erziehungs- und Bildungspartnerschaften (gefördert durch das Bundesamt für Migration) und die Koordinierungsstelle Integration im Rahmen von ExWoSt einen intensiven Dialog. Dieser trägt dazu bei, dass Ak-

tionsplan und integrierte Stadtteilentwicklungsplanungen sich ergänzen und Doppelstrukturen vermieden werden.

Der erforderliche Abstimmungsbedarf führte in einigen Modellvorhaben jedoch auch zu Ungleichzeitigkeiten zwischen der stadtteilbezogenen Integrationsstrategie und anderen Programmen. Eine zeitliche Abstimmung zwischen den Prozessen wäre notwendig gewesen, scheiterte jedoch an den unterschiedlichen Zeitvorgaben und Abhängigkeiten z.B. von politischen Beschlüssen. Vorteilhaft für eine koordinierte Umsetzung unterschiedlicher Programme sind stabile, ressortübergreifende Gremien, die entscheidungskompetent genug sind, um ggf. Prioritäten zu setzen oder Abläufe anzupassen. In Jena ist es beispielsweise die Dienstberatung des Oberbürgermeisters, über die die Umsetzung der Programme in den Ressorts koordiniert wird.

III) Ausblick

In der Endphase des Projektes wird es darum gehen, die Erkenntnisse aus den Modellvorhaben unter Einbeziehung der Akteure vor Ort systematisch auszuwerten. Zu diesem Zweck finden

in allen Modellvorhaben Auswertungswerkstätten mit den an der Steuerung vor Ort beteiligten Personen statt. In den Werkstätten werden die Umsetzung vor Ort, die Zielerreichung und die Frage der Schaffung nachhaltiger Strukturen im Mittelpunkt stehen. Zudem werden systematisch Erkenntnisse für die übergreifenden Forschungsfragen vertieft.

Die Ergebnisse aus den Modellvorhaben werden danach in einem abschließenden Werkstattgespräch im November in Quakenbrück zusammengetragen und gemeinsam diskutiert. Daran gekoppelt findet ein Expertengespräch statt, das den „Mehrwert“ der stadtteilbezogenen Integrationsstrategien für die Integrations- und Stadtentwicklungspolitik thematisiert.

Auf dieser Grundlage wird die Forschungsassistenz den Abschlussbericht verfassen, der auch eine Handreichung für die Praxis enthalten wird. Die Empfehlungen in der Handreichung werden zuvor in einer Werkstatt mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis diskutiert. Die Gesamtergebnisse des Forschungsfeldes werden im Frühjahr auf der Abschlusskonferenz in Berlin präsentiert.

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
(BMVBS), Berlin

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und
Raumforschung (BBSR) im Bundes-
amt für Bauwesen und Raumordnung
(BBR), Bonn

Bearbeitung

Leitung

Martina Kocks, BBSR
Nicole Graf, BMVBS

Forschungsassistenz

Marion Kamp-Murböck,

StadtRaumKonzept

Sofie Eichner, StadtRaumKonzept

Christoph Krafczyk,

StadtRaumKonzept

Susanne Fasselt, StadtRaumKonzept

Ralf Zimmer-Hegmann, Institut für

Landes- und Stadtentwicklungsfors-

schung (ILS)

Heike Hanhörster, (ILS)

Michael Kuss, (ILS)

Amal Mayoufi, (ILS)

Gestaltung und Satz

die geonauten 360°, Münster

Druck

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung, Bonn

Bestellungen

martina.kocks@bbr.bund.de

Stichwort: ExWoSt-Informationen

40/1

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck nur mit genauer

Quellenangabe gestattet.

Bitte senden Sie uns zwei Beleg-
exemplare zu.



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung

